

# Correspondenzblatt

der

## Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint  
jeden Sonnabend.

Redaktion: **V. Umbreit,**  
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis  
pro Quartal M. 2,50.

### Inhalt:

	Seite		Seite
Von der Kartoffelversorgung . . . . .	233	Arbeiterbewegung. Antigewerkschaftliche Phrasologie. — Aus den deutschen Gewerkschaften.	242
Gesetzgebung und Verwaltung. Das Reichsamt des Innern und das neue Kriegsernährungsamt	236	Arbeiterversicherung. Krieg. Geschlechtskrankheiten und Arbeiterversicherung	245
Statistik und Volkswirtschaft. Polnische Industrieverhältnisse. II. (Schluß.)	237	Anderer Organisationen. Vereinsgesetznovelle und Staatsarbeiter.	246
Wirtschaftliche Rundschau	239	Literarisches. Neuere Kriegsliteratur. VI. (Schluß.) — „Sozialdemokratische Feldpost“	247
Kriegsfürsorge. Die Kräfte für Ersatzglieder.	241		

### Von der Kartoffelversorgung.

Neben dem Brot nimmt die Kartoffel unter den vegetabilischen Nahrungsmitteln in Deutschland einen hervorragenden Platz ein. Kam doch im Durchschnitt der Jahre 1912 und 1913 auf den Kopf der deutschen Bevölkerung ein Speisekartoffelverbrauch von 205 Kilogramm im Jahre oder 1 1/2 Pfund pro Tag (ohne Unterschied der Erwachsenen und Kinder). Die Kartoffelerzeugung Deutschlands war denn auch immer sehr stark entwickelt; sie stand mit 54,12 Millionen Tonnen (1913) noch über derjenigen Rußlands (40,15 Millionen Tonnen) und wurde im durchschnittlichen Hektarertrag mit 158,6 Doppelzentner nur von England (164,4 Doppelzentner) übertroffen. Von den etwa 750 bis 800 Kilogramm Gesamtertrag pro Kopf der Bevölkerung gingen indes nur etwa 200 Kilogramm als Speisekartoffeln in den Konsum des Volkes ein, während etwa 100 Kilogramm pro Kopf für die Aussaat reserviert wurden und der Rest als Viehfutter oder zu gewerblichen Zwecken Verwendung fand.

Das war vor dem Kriege. Aus diesen Tatsachen durfte man jedoch die beruhigende Gewißheit entnehmen, daß unser Kartoffelbedarf jederzeit reichlich gedeckt sei und ein Mangel in dieser Beziehung nicht eintreten könne. Aber wie so vieles, hat der Krieg auch diese Annahme erschüttert. Schon die Verwertung der ersten Kartoffelernte vom Herbst 1914 zeitigte eine Reihe von Erscheinungen, die den Bundesrat zu Eingriffen zwangen, und die Schwierigkeiten sind seitdem nicht geringer geworden. Sie hängen damit zusammen, daß die Kartoffel eine bedeutsame Mittelstellung zwischen der menschlichen und der tierischen Ernährung einnimmt und daher von den Erzeugern leicht der menschlichen Ernährung entzogen und als Viehfutter verwendet werden kann. Zu letzterem verleitet besonders der Futtermangel infolge des Aufhörens der ausländischen Futtermittelleinfuhr, auf die die deutsche Viehhaltung vor dem Kriege angewiesen und eingestellt war. Dazu kommt, daß die Kartoffel leicht erfriert oder verdirbt und besondere Vorrichtungen für ihre Aufbewahrung getroffen werden müssen, die entweder dem Erzeuger oder dem Erwerber obliegen. Die Zeit zwischen der Ernte und der Einmietung gegen Frostgefahr drängt sich im

September und Oktober bzw. November oft auf wenige Wochen zusammen, und wenn in dieser Zeit der Bahnverkehr stockt, wie es im Herbst 1914 infolge der Beanspruchung durch Truppentransporte der Fall war, so kann ein Stillstand in der Kartoffelversorgung eintreten, der sich in den Verbrauchsgebieten als Notstand bekundet.

Tatsächlich war auch die Kartoffel seit dem Kriegsausbruch ein stark begehrtes Viehfutter geworden. Die landwirtschaftliche Presse hatte reichlich für Aufklärung darüber gesorgt, daß den Landwirten anstatt des unerschwinglich gewordenen Auslandsfutters in der heimischen Kartoffel ein wohlfeiler Ersatz zur Verfügung stehe, die damals schon, gemessen am Preis anderer Futtermittel, einen Futterwert von 3,80 M. pro Zentner repräsentiere, und selbst amtliche Kundgebungen wiesen darauf hin, in dieser Richtung einen Ausgleich zu suchen. Aber die Kartoffel mußte zugleich als Futter den heimischen Roggen ersetzen, dessen Verfütterung der Bundesrat in Rücksicht auf die Broterzeugung verbot. Ja, noch mehr — die Kartoffel sollte auch die Brotgetreidevorräte strecken helfen, indem Roggenbrot einen mindestens 5prozentigen Kartoffelzusatz erhalten sollte und ein Zusatz bis zu 20 Proz. ohne weiteres zugelassen wurde. Rechnungsmäßig würden, um die Roggenernte von 1914 durch Kartoffelzusatz zu strecken, 416 000 Tonnen Kartoffeln benötigt werden. Da der Kartoffelzusatz meist ein höherer ist, aber nicht aller Roggen zur Broterzeugung verwendet wird, so dürften etwa eine halbe Million Tonnen Kartoffeln zur Broterzeugung herangezogen worden sein. Und schließlich war die Kartoffel auch das traditionelle Ersatzmittel der ärmeren Bevölkerung für jedes andere, schwer erschwingliche Nahrungsmittel, also mit einer Zunahme des Verbrauchs von vornherein zu rechnen.

Das alles mußte einen günstigen Boden für Preistreiberien schaffen, die bereits Anfangs Oktober 1914 einsetzten. Professor Wohlmann rechnete in der „Deutschen Tageszeitung“ mit einem erheblichen Ernteausfall gegenüber 1913, das allerdings ein Rekordjahr war, und mahnte zur größten Sparsamkeit im Verbrauch. Der Artikel wurde in der Tagespresse wie ein Alarmruf behandelt und entfachte einen Käuferansturm, dem die Erzeugerkreise mit größter Zurückhaltung begegneten. Die

Das gleiche Thema, aber aus dem Konflikt zwischen der revolutionären und der parlamentarischen Methode heraus, behandelt Aug. Winnig in seiner Schrift „Zur Neuorientierung der deutschen Sozialdemokratie“ (Verlag der „Int. Korr.“ A. Baumeister, Berlin-Karlshorst, 19 S. 10 Pf.). Er will mit der revolutionären Utopisterei aufgeräumt wissen und den Kampf um die politische Gleichberechtigung in die Parlamente verlegen. Auch die Sozialisierung der Gesellschaft könne nicht durch politische Willenskundgebungen erzwungen werden; sie sei eine Produktions- und Wirtschaftsform, die sich als neue Geschichtsepoche durchsetzen werde, wenn sie durch die ökonomischen Verhältnisse zur Notwendigkeit geworden sei.

„Es lebe der Frieden!“ Von P. h. Scheidemann. (32 S. 40 Pf. Buchh. Vorwärts, Berlin.) Die Schrift stellt dem Friedensbekenntnis der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zahlreiche Kundgebungen aus dem feindlichen Ausland gegenüber, darunter auch von namhaften Sozialdemokraten, die das Gegenteil von friedlichem Entgegenkommen und Friedenssehnsucht enthalten, und kommt zu dem Schlusse: „Dem Krieg könnte bald ein Ende gemacht werden, wenn die Sozialisten Frankreichs, Englands und Belgiens — wie es die deutschen Sozialisten längst getan haben, sich zum Frieden . . . bereitfinden würden. Solange sie dazu nicht gewillt sind, ist es selbstverständlich, daß wir die Mittel zur Landesverteidigung weiter bewilligen müssen.“

„Elsass-Lothringen und die Sozialdemokratie.“ Von H. Wendel. (30 S. 40 Pf. Buchh. Vorwärts, Berlin.) Diese Schrift, im Auftrage des Deutschen Sozialdemokratischen Parteivorstandes verfaßt, ist ein glänzendes Plädoyer gegen die auch von französischen Sozialisten unterstützten Wiedereroberungspläne in bezug auf Elsass-Lothringen. Wendel schlägt die französischen Annexionspolitiker, die den Frankfurter Vertrag aus der Welt schaffen möchten, mit den sehr eindringlichen Darlegungen Marcel Sembats aus dessen vor dem Krieg erschienenen Buch: „Macht einen König, wenn nicht, macht Frieden“: Frankreich müsse sich mit dem damals anerkannten Statusquo abfinden, aber es würde in Deutschland selbst Zustimmung finden in dem Rufe: „Gebt Elsass-Lothringen die Freiheit und Würde eines deutschen Bundesstaats“. Heute sitzt Sembat neben Guesde im Ministerium Briand, das für die Rückeroberung Elsass-Lothringens bis zum Weißbluten Frankreichs kämpft. Die Bevölkerung Elsass-Lothringens habe sich auf den Bezirkstagen selber für den Anschluß an das deutsche Volksleben entschieden. Die Schrift ist durchaus geeignet, Klarheit über die elsass-lothringische Frage, die auch für manche Parteigenossen als eine noch unentschiedene Streitfrage gilt, zu schaffen.

„Sozialdemokratie und nationale Verteidigung.“ Herausgegeben vom Sozialdemokratischen Parteivorstand. (30 S. 40 Pf. Buchh. Vorwärts, Berlin.) Eine parteioffizielle Untersuchung der historischen Stellung der Partei zur Landesverteidigungsfrage, die die Behauptung, daß die deutsche Sozialdemokratie in diesem Kriege umgelernt habe, widerlegt. Engels, Liebknecht der Vater, Auer, v. Bollmar und Bebel werden neben anderen Parteibertrern, darunter selbst Ledebour, in markanten Kundgebungen für die Anerkennung der nationalen Selbstverteidigung aufgeführt und daraus der Schluß gezogen, daß die Sozialdemo-

kratie konsequenterweise zur Landesverteidigung auch die Mittel bewilligen müsse.

„Ueberzeugung und Partei.“ Von Karl Kautsky. (47 S. 30 Pf. Leipz. Buchdruckerei-V. G.) Eine Sammlung von Aufsätzen in der „Neuen Zeit“, die für das Recht der Fraktionsminderheit eintreten, nach ihrer eigenen Ueberzeugung und ohne Rücksicht auf Fraktionszwang ihre Stimme abzugeben. Wir haben zu diesen Aufsätzen, die das Signal zur Fraktionspaltung gaben, bereits früher Stellung genommen und haben dieser Stellungnahme nichts hinzuzufügen.

„Für die Einheit der Partei.“ Herausgegeben vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei. Ein flammender Appell an die Parteigenossen im Reiche, die Partei vor Spaltung und Zerstörung zu bewahren, die die Hoffnungen der Gegner erfülle und die Arbeiterklasse der berufenen politischen Vertretung beraube. Die Spaltung könne sich auch auf die Gewerkschaften übertragen und deren Errungenschaften vernichten. Es gelte, den Anfängen zu wehren und jeder Gefährdung der Parteeinheit entgegenzutreten.

„Material zur Fraktionspaltung.“ Herausgegeben vom Parteivorstand. (Als Manuskript gedruckt.) Der Parteivorstand stellt in dieser Schrift für den Kreis der Parteigenossen alle Vorgänge dokumentarisch zusammen, die die Fraktionspaltung herbeiführten und begleiteten.

„Praktische Steuerpolitik oder Steuerdogmatik?“ Von Heinrich Cunow. (48 S. 50 Pf. Buchh. Vorwärts, Berlin.) Eine Zusammenfassung von 9 in verschiedenen Parteiblättern erschienenen Aufsätzen zur Steuerfrage, in denen der Verfasser der stereotypen Ablehnung aller indirekten Steuern in der gegenwärtigen innerpolitischen Situation entgegentritt, da sie zur Selbstauschaltung der Partei und zur Preisgabe von Arbeiterinteressen hinsichtlich der Aufbringung der Mittel des Reichs zur Deckung der Kriegslasten führen könne. Auch Einkommensteuern können abgewälzt werden und besonders können Steuern auf niedrige Einkommen die Wirtschaftsentwicklung schädlicher beeinflussen als andere Abgaben. Cunow tritt entschieden für die Monopolisierung gewisser Erwerbsquellen nach dem Kriege ein und setzt sich mit dem „Vorwärts“ über die Frage, ob Monopol oder nicht, sehr scharfsinnig auseinander. Diese Schrift wird für die Verstaatlichungsdebatten, die nach dem Kriege zu erwarten sind, von großem Werte sein.

### Neu erschienene Bücher und Schriften.

**Publikationen der Tarif- und Einigungsämter.**  
Chemigraphen und Kupferdrucker. Geschäftsbericht des Tarifamts für 1915.

### Publikationen von Krankenkassen.

Hauptverband Deutscher Ortskrankenkassen. Bericht über die Versammlung der Unterverbände in Frankfurt a. M. 1915.  
Worzhelm. Bericht der Allg. Ortskrankenkasse für 1915.  
Krankenunterstützungsbund der Schneider (Ersatz- und Zuschußklasse) Braunschweig. Geschäftsberichte und Protokoll der Generalversammlung 1915 in Hamburg.  
Verband der Ortskrankenkassen in Elsass-Lothringen. Bericht der geschäftsführenden Kasse für 1914/15.

nungen, die Kartoffelversorgung für den Herbst 1915 gründlicher vorzubereiten und vor Beschlagnahmen nicht zurückzuschrecken, blieben fruchtlos. Wir rieten, das als Fehlbedarf der Verbrauchergemeinden festgestellte Quantum auf die Erzeugergemeinden zu verteilen und zu beschlagnahmen, unter Verantwortlichkeit der Gemeinden in Mieten zu überwintern und diese Mieten als Staatseigentum der privaten Verfügung zu entziehen, sowie die Uebernahmepreise nach Anhörung von Sachverständigen durch die höhere Verwaltungsbehörde festsetzen zu lassen („Correspondenzblatt“, Jg. 1915, S. 335). Auch dies blieb unberücksichtigt, ebenso die Eingabe des Kriegsausschusses für Konsumenteninteressen im September vorigen Jahres, der die Festsetzung erschwinglicher Preise für die Kartoffel der neuen Ernte forderte. Gestützt auf Darlegungen des Berliner Magistrats, wonach sich die Selbstkosten der auf Berliner Rieseltütern erzeugten Kartoffeln auf 1,25 Mk. pro Zentner stellten, billigte die Eingabe den Erzeugern einen Zuschlag von 100 Proz. zu, während der Zuschlag des Großhandels 70 Pf., der des Kleinhandels 60 Pf. nicht überschreiten sollte, so daß den Verbrauchern die Kartoffel für 3,80 Mk. pro Zentner zu liefern sei. Die Preistreiberien mit der neuen Ernte hatten bereits im September begonnen, zumal sich die Landwirte mit der Einbringung der Ernte nicht übermäßig beeilten. Die Futterrüben und anderes Viehfutter müsse erst eingebracht werden und die Fabriken warteten auf die Zuckerrüben, hieß es.

Angesichts dieses latenten Widerstandes erzwangen die erregten Preßerörterungen ein schnelles Eingreifen des Bundesrates. Am 9. Oktober 1915 wurde verfügt, daß eine „Reichskartoffelstelle“ nach Art der Reichsgetreidestelle mit einer Geschäfts- und einer Verwaltungsabteilung errichtet werde, die für die Beschaffung und Verteilung der Kartoffeln zu sorgen habe. Sie solle zunächst versuchen, den Bedarf im freien Verkehr zu decken. Falls dies nicht möglich sei, solle sie den Erzeugergemeinden aufgeben, bestimmte Mengen von Kartoffeln an die Reichsstelle oder von dieser bezeichnete Personen abzugeben. Zur Sicherstellung dieser Anforderungen wurde  $\frac{1}{10}$  des Ertrags der über 10 Hektar hinausgehenden Kartoffelanbauflächen bis Ende Februar 1916 als „verstrickt“ erklärt, so daß sie jederzeit enteignet werden könnten. Der Enteignungspreis sollte von den höheren Verwaltungsbehörden nach Güte und Verwertbarkeit der Kartoffeln festgesetzt werden; als Grundpreise wurden die Höchstpreise vom 28. November 1914 vorgeesehen.

Diese Regelung war die verfehlteste von allen, die seither erfolgt waren, denn sie sonderte aus der Gesamternte, die eine der besten seit Jahren zu werden versprach, etwa 2 Millionen Tonnen oder 4 Proz. als Sicherstellung aus und überließ 96 Proz. dem freien Markte. Für diese ausgesonderten 4 Proz., die schließlich, wenn der freie Markt versagt, enteignet werden konnten, wurden „Grundpreise“ garantiert, die im Vorjahre Höchstpreise waren. Es lag auf der Hand, daß sie jetzt zu Mindestpreisen werden mußten. Und sie wurden es auch, denn obwohl die Großstadtgemeinden ihre Vertreter landauf, landab in die Anbaubezirke sandten, konnten sie Kartoffeln nur mit den größten Schwierigkeiten „losmachen“. Bald hieß es: man habe jetzt keine Zeit, Kartoffeln auszumachen, — bald: sie seien bereits eingewintert u. a. m. So kletterten die Preise tagtäglich immer höher; der Rheinische Bauernverein verlangte 5,10 Mk. pro Zentner frei Keller, die „Kreuzzeitung“ berichtete sogar, daß den Landwirten 7 Mk. gezahlt worden seien. Das erklärt die Zurück-

haltung der Landwirte besser als alles andere. So mußte der Bundesrat wieder zu den Höchstpreisen zurückkehren. Er setzte die gleichen Preise wie im November 1914 fest, dehnte aber zugleich das als Sicherstellung verstrickte Quantum auf 20 Proz. der Erträge aller Anbauflächen von mehr als ein Hektar Kartoffelland aus, wobei die von dem Landwirt nach dem 10. Oktober gelieferten Speisekartoffeln anzurechnen seien.

Das war schon eine gehörige Ausweitung der Verordnung vom 9. Oktober und ein Beweis, daß diese wirkungslos geblieben und ohne ernstere Maßnahmen die Kartoffelversorgung nicht in Gang zu bringen war. Denn den Landwirten war unterdes der Appetit an hohen Kartoffelpreisen mächtig gewachsen und die „Grundpreise“ vom 9. Oktober waren wenig geeignet, ihre Zurückhaltung zu überwinden. Auch die „Höchstpreise“ vom 28. Oktober lodten nur wenige Kartoffeln heraus. Die Landescentralbehörden für Preußen verfügten daher am 11. November 1915, daß die Enteignung von Kartoffeln auch bei Anbauflächen von weniger als einem Hektar durch Anordnung der Oberpräsidenten im Bereich einer Provinz zulässig sei. Am 29. November 1915 bestimmte der Bundesrat, daß die Enteignung nur gegenüber Kartoffelerzeugern mit mehr als 1 Hektar Kartoffelland zulässig sei, daß die Landescentralbehörden aber einen größeren Teil der Kartoffelernte enteignen können, worauf die preussische Landescentralbehörde die gesamte Ernte des Kartoffelerzeugers für verstrickt erklärte und nur die zur Fortführung der eigenen Wirtschaft, als Saatgut benötigten und durch Verträge für Trocknungsanstalten, Brennereien, Stärkefabrikate zu liefernden Kartoffeln freiließe.

Somit war die Reichsregierung trotz ihres langen Widerstrebens und trotz ihrer wiederholten Erklärung, daß Höchstpreise und Beschlagnahmen für die Kartoffel nicht geeignet seien, doch Schritt für Schritt zur Beschlagnahme und zu Höchstpreisen gelangt, und nun erst kam die Kartoffelversorgung in den richtigen Gang, da die Erzeuger und Händler den festen Willen erkennen mußten, die Kartoffel der spekulativen Zurückhaltung und Preistreiberei zu entziehen.

Leider hielt dieser feste Wille nicht allzulange stand. Am 9. Januar 1916 wurden die Preise für die Saatkartoffeln wieder freigegeben, den Erzeugern unbedingt, den Händlern unter behördlicher Aufsicht. Am 27. Januar 1916 wurde der § 7 der Verordnung vom 9. Oktober 1915, der die Verstrickungs- und Enteignungsvorschriften enthält, aufgehoben und am gleichen Tage verfügt, daß die Reichskartoffelstelle, die Heeres- und Marineverwaltungen und die von diesen Stellen ermächtigten Personen an die Festsetzung der Höchstpreise nicht gebunden seien, sondern den Befehlen des Reichszanglers unterliegen. Der 7. Februar 1916 brachte eine neue Verordnung: die Gemeinden werden angewiesen, am 24. Februar die Bestände über 10 Kilogramm zu erheben und allen Fehlbedarf bis zum 10. März bei der Reichskartoffelstelle anzumelden. Die Kommunalverbände haben die Kartoffelvorräte, die sich in ihrem Bezirk im Gewahrsam von Händlern befinden, zu übernehmen, soweit die Versorgung der Bevölkerung bis zum 15. März es erheischt, und in laufende Lieferungsverträge einzutreten. Die Händler wurden zur käuflichen Ueberlassung verpflichtet. Der Sinn dieser Verordnungen ist, die früheren Reports für Aufbewahrung und Schwund zu ersetzen durch freiberebarte Preise, zu deren Deduktion erforderlichenfalls Zuschüsse aus Mitteln des Reiches geleistet würden. Die Gemeinden

Preise, die vor dem Kriege zwischen 1,73 (1906) bis 2,70 Mk. (1913) geschwankt und nur im Teuerungsjahr 1912 nach einem Ernteausschlag von nahezu einem Drittel die Höhe von 3,70 Mk. pro Zentner erreicht hatten, stiegen schon in den ersten Oktobertagen 1914 auf 3,80 Mk. in Stettin und 4 bis 4,50 Mk. in Berlin, und bei steigender Marktversorgung standen sie bald über 5 Mk. Die trüben Ernteschätzungen Wohltmanns wurden durch das Ernteergebnis, das um 9,7 Millionen Tonnen hinter dem Vorjahr zurückblieb, bestätigt. Da griff dann der Bundesrat am 28. November 1914 regelnd ein. Er beschränkte die Spiritus- und Branntweinbrennerei erheblich, wodurch etwa 1 Million Tonnen erspart wurden, und setzte für vier Preisgebiete im Reiche Höchstpreise für die Erzeuger fest, die für erstklassige Sorten zwischen 2,75 Mk. bis 3,05 Mk., für die übrigen Sorten zwischen 2,50 Mk. bis 2,80 Mk. schwankten. Auch für Futterkartoffeln und Kartoffelerzeugnisse wurden Höchstpreise festgesetzt. Auf Grund dieser Erzeugerhöchstpreise wurden von den Generalkommandos die Kleinhandelspreise festgesetzt. Die Verordnung kam nicht nur viel zu spät, da des Frostes wegen der Transport unterbunden war, sondern überließ auch die Heranschaffung völlig dem freien Handel, der überall auf Zurückhaltung stieß, denn in Kreisen der Landwirtschaft hielt man die festgesetzten Höchstpreise angesichts des Futtermittelwertes der Kartoffel für viel zu niedrig. Um die Herausgabe der Kartoffeln zu beschleunigen, führte der Bundesrat die sogenannten Reports ein, Monatszuschläge für Aufbewahrung und Schwund, die von Monat zu Monat stiegen. Dieselben bewirkten aber das Gegenteil, da die Erzeuger in Erwartung späterer höherer Preise sich erst recht zurückhaltend zeigten

Unterdes hatten die Ernteschätzungen auch die wissenschaftlichen Kreise beunruhigt, die den zur Volksernährung benötigten Teil der Speisekartoffeln berechneten. Eine anfangs Januar 1915 durchgeführte Bestandserhebung ergab erschreckend niedrige Bestände und legte den Schluß nahe, daß erhebliche Mengen bereits verfüttert worden seien. Das hätte zur Beschlagnahme der zur menschlichen Ernährung benötigten Mengen, die man nach früherer Erfahrung auf 13,6 Millionen Tonnen bezifferte und die mit Rücksicht auf den gesteigerten Kriegsbedarf auf 18 Millionen Tonnen erhöht werden konnte, führen müssen. Der Bundesrat hielt die Beschlagnahme aber damals für undurchführbar und zog eine großzügig eingeleitete Sparjamkeitspropaganda für den Verbrauch vor. Zugleich ordnete er eine Verringerung des Schweinebestandes durch Massenabschlachtung von Schweinen an und zwang die Gemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern, sich mit Fleischdauerware zu schiebsgerichtlich festzusetzenden Uebernahmepreisen zu versorgen (Verordnung vom 25. Januar 1915). Am 15. Februar 1915 wurden die Preise für Speisekartoffeln auf 4,50 bis 4,80 Mk. für erstklassige und 4,25 bis 4,55 Mk. für mindertwertigere Sorten erhöht und am 25. Februar die Uebernahme-(Markt-)Preise für Schweine bundesrätlich festgesetzt. Am 4. März 1915 folgte eine genauere Erhebung über die Kartoffelbestände, zugleich wurden Schweineberaume. Die Kartoffelerhebung ergab einen Bestand von nur 108 Millionen Doppelzentnern, von dem 67,8 Millionen Doppelzentner für Ausfaat in Abzug zu bringen waren, also nur 35,2 Millionen Doppelzentner für die Bevölkerung und das Vieh übrigblieben. Auch ohne das Vieh hätten die Kartoffeln nicht ausgereicht, denn es kam bis zum

1. August 1915 auf jeden Kopf und Tag nur etwa  $\frac{1}{4}$  Pfund. So ließ die Reichsregierung 40 Millionen Doppelzentner für Rechnung des Reiches aufkaufen und den Bedarfsgemeinden zur Verfügung halten. Die Höchstpreise für Speisekartoffeln nahmen Saatkartoffeln von der Preisfestsetzung aus. Dies hatte zur Folge, daß die Speisekartoffeln fast vollständig vom Markt verschwanden, dagegen Saatkartoffeln, namentlich in den Großstädten, in Masse angeboten wurden, die vermutlich alle im Kochtopf endeten. Wo dagegen die Gemeinden Kartoffeln für wirklichen Saatbedarf zum Preise von 6—7 Mk. für Spät- und 11—12 Mk. und darüber für Frühkartoffeln vermittelten, wurden vielfach Sorten geliefert, die man vor dem Kriege als Fabrikkartoffeln zu bezeichnen pflegte. Die Ausnahme für Saatkartoffeln endete am 25. April 1915, aber bereits am 31. März war eine neue Ausnahme für Saatkartoffeln geschaffen worden, die dem Handel neue Möglichkeiten zur Umgehung der Höchstpreise eröffnete.

Am 12. April 1915 wurde eine Reichsstelle für Kartoffelversorgung errichtet, bei der die Verbrauchergemeinden ihren Fehlbedarf an Kartoffeln anzumelden hatten und die andere Kommunalverbände (Erzeugergemeinden) zur Abgabe von Kartoffeln verpflichtet wurde. Es bedurfte zunächst der letzteren Verpflichtung nicht, denn nach Ablauf des Ausnahmetermins für Saatkartoffeln stellte sich frühzeitig warmes Wetter ein, das die Landwirtschaft veranlaßte, die zurückgehaltenen Kartoffelvorräte schleunigst auf den Markt zu bringen. Jetzt zeigte es sich, daß es Kartoffeln in Hülle und Fülle gab; sie mußten sogar weit unter den Höchstpreisen, ja selbst unter Friedenspreisen verkauft werden und auch ihr Futterwert reizte nicht mehr zur Zurückhaltung. Eine Erhebung vom Mai ergab, daß nach der Ausfaat und zwei Monaten des Verbrauchs noch immer 35,1 Millionen Doppelzentner vorhanden waren, der Bedarf also ausreichend gedeckt war. Die früheren Erhebungen hatten falsche Angaben gebracht und ein Teil der Massenabschlachtung von Schweinen hätte erspart werden können, wenn die Bestände richtig erkannt und bewirtschaftet worden wären. Ueber die Schuld an diesen verfehlten Maßnahmen ist viel gestritten worden, und es wird auch noch einiges darüber zu sagen sein, was wir für eine Behandlung der Fleischversorgung zurückstellen möchten. Jedenfalls war die falsche Kartoffelpolitik die Ursache der verfehlten Fleischpolitik und es hätte rechtzeitig der starren Hand bedurft, die die Kartoffelvorräte, soweit sie zu menschlicher Ernährung nötig waren, mit Beschlag belegte. Dazu war aber der Bundesrat damals nicht zu bewegen gewesen.

Im zweiten Kriegsjahr ist er indes diesen zwingenden Schlüssen Schritt um Schritt näher gekommen, — nicht aus freien Stücken und aus eigener Erkenntnis, sondern infolge der sich von Tag zu Tag unhaltbarer gestaltenden Versorgungslage. Der am 28. Juni 1915 aufgestellte Wirtschaftsplan für das zweite Kriegsjahr ging der Kartoffelregelung noch mit der Ausrede aus dem Wege: „Wir haben gelernt, daß nicht jedes landwirtschaftliche Produkt, daß nicht jeder Artikel zum Gegenstand einer Festsetzung von Höchstpreisen und der Beschlagnahme gemacht werden kann, mit Rücksicht auf die Art der Produktion, mit Rücksicht auf die Art der Beschaffung, mit Rücksicht auf die Qualität der Ware . . .“ Somit blieb die Kartoffelversorgung dem freien Verkehr überlassen. Die Höchstpreise wurden am 28. August 1915 aufgehoben und waren auch gegenstandslos geworden, aber schon setzten die Preistreiberien mit den Frühkartoffeln der Ernte von 1915 wieder ein. Alle Maß-

konnten von der Uebernahme der Kartoffeln Abstand nehmen, wenn sie die Gewähr hatten, daß die Händler die Kleinhandelshöchstpreise nicht überschreiten.

Am 26. Februar 1916 verfügt der Bundesrat, daß jeder Kartoffelerzeuger auf Erfordern alle Vorräte abzugeben habe, soweit sie nicht zur Fortführung seiner Wirtschaft bis zur nächsten Ernte erforderlich seien. Im Enteignungsfall seien ihm zu belassen für jeden Wirtschaftsangehörigen pro Tag (bis zum 15. August 1916) 1½ Pfund sowie an Saatgut für den Hektar bis zu 20 Doppelzentnern, außerdem die zur Erhaltung des Viehes bis zum 31. Mai 1916 unentbehrlichen Vorräte. Das war die Rückkehr zur Beschlagsnahmepolitik in schärfster Konsequenz. Die Höchstpreise folgten ihr auf dem Fuße. Am 2. März 1916 wurde verordnet, daß die Kartoffelerzeuger die Kartoffeln der Ernte 1915 an Großhändler in den vier Preisgebieten zu 90, 92, 94 und 96 Mk. pro Tonne abzugeben haben. Von Qualitätsunterschieden war diesmal abgesehen, dagegen wurden wieder die monatlichen Zuschläge von 5 Mk. pro Tonne ab 15. April eingeführt. Für Frühkartoffeln der Ernte 1916 darf der Preis 20 Mk. pro Doppelzentner nicht übersteigen. Der Frühkartoffelpreis gilt bis zum 1. August.

Schließlich regelt eine Verordnung vom 31. März 1916 die den Kartoffelerzeugern bei der Enteignung zu belassenden Vorräte. Unter allen Umständen sind auf jeden Hektar 4 Doppelzentner Kartoffeln abzugeben (bei 158,6 Doppelzentner durchschnittlichen Hektarertrag also nur 2,5 Proz. der Ernte). Zu belassen sind den Kartoffelerzeugern 1. für den Nahrungsbedarf seiner Angehörigen einschließlich Gefinde, Arbeitern, Naturalberechtigten bis zum 31. Juli 1916 pro Tag und Kopf bis zu 1½ Pfund; 2. für die Aussaat pro Hektar Kartoffelanbaufläche 16 Doppelzentner; 3. als Viehfutter bis zum 15. Mai 1916 für jeden Tag bis zu 10 Pfund pro Pferd, 5 Pfund pro Zugochse, 7 Pfund pro Zugochsen und 2 Pfund auf jedes Schwein, jedoch nur, wenn sie schon bisher an diese Tiergattungen Kartoffeln verfüttert haben und über andere Futtermittel nicht verfügen; 4. die zugewiesene Menge für Spirituserzeugung und 5. die an die Trockenkartoffelverwertungsgesellschaft zu liefernden Mengen.

Es ist ein Zidzakkurs ohne Gleichen, der die Regelung der Kartoffelversorgung in den 1½ Jahren seit dem November 1914 leitet, eine Politik, die bald zaghaft, bald radikal zugriff, dann aber gewöhnlich an der falschen Stelle oder so, daß das Durchschlüpfen nicht allzu schwer wurde. Kein Wunder, daß sie an keiner Stelle befriedigte. Die Erzeuger nicht, weil sie die, die am längsten zurückhielten, gegenüber denen begünstigte, die früher verkauften, und weil sie keinerlei feste Preisgestaltung zuließ, den Handel nicht, weil er sich auf Schritt und Tritt durch Verordnungen und Reglements gehemmt sah, und die Verbraucher am allerwenigsten, weil sie auf diese Weise nie zur rechten Zeit und meist ungenügend Kartoffeln bekamen. Weniger Reglements, aber desto mehr Organisation und vor allem Festigkeit in der Beschlagsnahme, Enteignung und Preisgestaltung sind es, was wir gebrauchen. Es fehlt nicht an Kartoffeln, denn es wachsen genug, und wenn der menschliche Nahrungsbedarf sichergestellt, der Verfütterung und der Spekulation entrückt ist, bleibt auch noch genug für gewerbliche Zwecke und für das Vieh übrig. Natürlich kommt erst der Mensch und dann das Vieh, — das muß den Erzeugern begreiflich gemacht werden. Es muß ihnen, wie auch dem Handel verwehrt werden, die Bevölkerung in Kriegszeiten durch die Kartoffel zu besteuern. Bleibt die behördliche

Organisation der Kartoffelversorgung in diesen Punkten unerschütterlich fest, so ist es möglich, die menschliche Ernährung wie auch die Viehhaltung auf bestimmte Maße einzustellen und die Verteilung dementsprechend zu regeln. Die jetzige Regelung ist in ihren Grundsätzen diesem Ziel nahe gekommen, wenn auch erst nach schweren Kämpfen. Sobald auch die Durchführung durch eine straffe Organisation gewährleistet ist, werden auch die Klagen verstummen. Die erste Voraussetzung dafür ist aber, daß die Reichsregierung nicht wieder auf halbem Wege stehen bleibt oder gar wieder einige Schritte zurückgeht. Das Beispiel der Echternacher Springprozession auf diesem Gebiete wäre gefährlich.

## Gesetzgebung und Verwaltung.

### Das Reichsamt des Innern und das neue Kriegs-ernährungsamt.

Nach zehntägigem Gehen und Bangen in schwebender Pein ist die neue Gruppierung in der Leitung des inneren Reichsdienstes vollzogen worden. An Delbrücks Stelle ist der seitherige Reichsschatzsekretär Dr. Helfferich getreten, der zugleich zum Stellvertreter des Reichskanzlers ernannt worden ist, während die Stellvertretung in der Leitung des preussischen Staatsministeriums dem Verkehrsminister v. Breitenbach übertragen wurde. Helfferichs Amt nimmt vom 1. Juni d. J. ab der bisherige Staatssekretär von Elsaß-Lothringen Graf von Roedern ein, die Regelung der Lebensmittelversorgung wird einem neuzuschaffenden „Kriegs-ernährungsamt“ übertragen. Der Präsident dieser Behörde erhält das Verfügungsrecht über alle im Deutschen Reich vorhandenen Lebensmittel, Rohstoffe und andere Gegenstände, die zur Lebensmittelversorgung notwendig sind, ferner über Futtermittel und alle zur Viehverfütterung nötigen Rohstoffe und Gegenstände. Das Verfügungsrecht schließt die gesamte Verkehrs- und Verbrauchsregelung, einschließlich der Enteignung, die Regelung der Ein-, Aus- und Durchfuhr sowie der Preise ein. Zur Sicherung der Durchführung können Zuwiderhandlungen mit Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. bedroht werden. Der Präsident des Kriegs-ernährungsamts kann in dringenden Fällen die Landesbehörden unmittelbar mit Anweisungen versehen. Die Verordnungen des Bundesrats sollen unberührt bleiben, in dringenden Fällen können aber, unter unverzüglicher Vorlage an den Bundesrat, abweichende Bestimmungen getroffen werden. Zum Präsidenten des Kriegs-ernährungsamts ist der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, v. Batocki, berufen. Ihm ist als militärischer Leiter General Gröner beigegeben.

Ueber das neue Kriegs-ernährungsamt schreibt die „Nordd. Allg. Ztg.“:

„Seit Monaten ist die Reichsleitung im Verein mit den bundesstaatlichen Regierungen und den Organen der Selbstverwaltung bemüht, die auf den verschiedensten Gebieten entstehenden Schwierigkeiten zu bekämpfen und die fortlaufende, ausreichende und gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung zu sichern. Mehr und mehr hat sich indes gezeigt, daß das System unserer bundesstaatlichen Behördenorganisation dem vollen Gelingen jener Bemühungen hindernd im Wege steht. Beim Erlaß der die Versorgung grundsätzlich regelnden Verordnungen, bei der Errichtung der mit Teilen der Er-

nährungsverwaltung betrauten, besonderen Organisationen, noch mehr aber bei der Ueberwachung der Durchführung allgemeiner Vorschriften war bisher eine größere Zahl von amtlichen Stellen beteiligt, die keiner zentralen Oberleitung unterstanden und deren Zusammenwirken deshalb von gegenseitigen Verhandlungen, Auseinandersetzungen und Zugewandnissen bedingt war. Dies ist der notwendigen Einheitlichkeit und Schnelligkeit Abbruch.

Im Kriegsernährungsamt werden bewährte Männer aus den wichtigsten wirtschaftlichen Interessengruppen — der Landwirtschaft, des Gewerbes und Handels, der Heeresverwaltung und der Verbraucher — mitarbeiten; die Beschlussfassung wird aber ausschließlich dem Vorsitzenden zustehen. In einem Beirat werden Vertreter der Bundesregierungen, der behördlichen Kriegsstellen und der Kriegsgesellschaften Sitz und Stimme haben. Die Anordnungen der militärischen Befehlshaber werden den Maßnahmen der zentralen Ernährungsbehörde angepaßt. Der aus der Mitte des Reichstags berufene Beirat für Volksernährung bleibt neben der neugeschaffenen Einrichtung bestehen.

Das Zugeständnis, daß die Schwierigkeiten der einheitlichen Regelung der Lebensmittelversorgung in den einzelstaatlichen Verwaltungen bereitet werden, beweist, daß wir mit unserer Kritik in Nr. 19 und 20 des „Corr.-Bl.“ auf der richtigen Spur waren. Auch unserer Forderung nach einem Reichslebensmittelamt hat die Entwicklung der Dinge recht gegeben. Die Vollmachten für das neue Reichsamt sind weitreichend genug gedacht und der Präsident v. Batocki hat in einer Unterredung mit einem Redakteur des „Tag“ auch erklärt, daß er für Klarheit, Einheitlichkeit und Sicherheit in der Regelung der Volksernährung sorgen wolle und auf die Unterstützung der deutschen Presse rechne, wenn es einmal hart auf hart komme. Die Bezeichnung eines Lebensmittel-Diktators lehne er indes ab.

Gegen das neue Kriegsernährungsamt machen sich aber auch schon Eigenbrödeleien bemerkbar, die von tiefem Mißtrauen zeugen. In Stuttgart sind die städtischen Kollegien beunruhigt, daß die einheitliche Regelung für das ganze Reich auf Kosten Süddeutschlands erfolgen werde, und verlangen von der württembergischen Regierung, dafür zu sorgen, daß die im Süden rechtzeitig und energisch durchgeführten Maßnahmen nicht einfach über den Haufen geworfen würden. Die preußischen Städte sollten sich an ihre Regierung halten. „Wir in Württemberg haben die Lebensmittel-Diktatur nicht notwendig.“ Wir sind ja auch davon überzeugt, daß der Widerstand der waderen Schwaben, die sich nicht fürchten, weniger aus bösem Gewissen als aus Mißtrauen gegen die Preußen herrührt und daß man von ihnen nicht viel mehr als gute Beispiele werden können. Aber so, wie die Reichsgenossen in Württemberg es sich denken, kommen wir nun einmal zu keiner geordneten Regelung und es ist nur dringend zu wünschen, daß sie der Centralisation keine neuen Schwierigkeiten bereiten.

## Statistik und Volkswirtschaft.

### Polnische Industrieverhältnisse.

#### II. (Schluß.)

Gesetzt den Fall, Polen würde wieder ein selbständiger Staat, könnte dieser allein auf Grund seiner natürlichen inländischen Hilfsquellen eine eigene Eisenerzeugung und -verarbeitung auch nur in dem bis zum Kriegsausbruch erreichten Um-

fange aufrechterhalten? Sehen wir uns die Förder- und Produktionsziffern an.

Die polnische Steinkohlenförderung ist von 329 170 Tonnen im Jahre 1870 bis 1890 auf 2,47 Millionen Tonnen gestiegen, nahm dann einen schnelleren Aufschwung und belief sich 1913 auf 6,83 Millionen Tonnen. Das (polnische) Dombrowabeden ist das zweitgrößte Kohlenrevier Rußlands; das größte ist das ukrainische Donezbecken. Polen lieferte 1913 ein starkes Fünftel der russischen Steinkohlenförderung. Die Braunkohlenförderung ist ganz unbedeutend. Der Vorrat an abbauwürdiger Kohle wurde 1909 für Polen von dem Geologen Czarnocki auf über 2 Millionen Tonnen geschätzt. Williger hält die Schätzung für zutreffend. Er bezeichnet den Betrieb der polnischen Kohlenruben „in technischer Hinsicht“ für „noch außerordentlich verbesserungsfähig“. Zu diesem Urteil kommt er bei einem Vergleich der Förderleistungen. In Oberschlesien entfielen an Förderung auf pro Arbeiter 1912: 349, 1913: 357 Tonnen, in Polen 1912: 276 Tonnen. Die geringe Jahresleistung schreibt sich jedoch wesentlich her aus der größeren Zahl gesetzlicher Feiertage in Rußland; in Oberschlesien ist eben die Schichtzahl der Bergarbeiter erheblich größer als die ihrer russisch-polnischen Berufskollegen, ohne daß man beweisen könnte, die Oberschlesier erfreuten sich deshalb besserer Wirtschaftsverhältnisse. 1912 betrug der tägliche Durchschnittslohn der eigentlichen Bergarbeiter in Oberschlesien 4,22 Mark, in Polen (nach Herrn Willigers Angaben) 2,20 Rubel gleich etwa 7,10 Mark!!!

Das Dombrowakohlenbecken enthält die östliche Fortsetzung der ober-schlesischen Flöze, hängt auch zusammen mit dem Galizisch-Estrau-Karbiner Steinkohlenrevier. Es kommen dort wie hier ziemlich dieselben natürlichen Gewinnungsbedingungen in Betracht. Williger wird wohl für die Zukunft mit einer stärkeren Ausbeutung der polnischen Gruben rechnen. Auch wenn sie sich verdreifachte (auf etwa 20 Millionen Tonnen jährlich), würden die ermittelten Vorräte noch für mindestens 100 Jahre ausreichen. In Oberschlesien lagern nach den Schätzungen (1912) des Geologen Prof. Frech noch 57—58 Milliarden Tonnen Steinkohlen, was selbst dann, wenn hier die Förderung plötzlich verdoppelt würde (1913 rund 44 Millionen Tonnen) ein Vorrat für etwa 600 Jahre bedeutet. Deutschland ist also auf die polnischen Kohlenlager nicht angewiesen!

Sehr fatal ist für die polnische Eisenerzeugung, daß die polnische Kohle „durchweg zu der Gattung der nichtbackenden Magerkohlen“ gehört, „zur Herstellung von Koks und Leuchtgas ist die Dombrowaer Kohle nicht geeignet“. (Denkschrift.) Damit entbehrt die polnische Kohle gerade der Eigenschaft, die sie für die moderne Verhüttungsindustrie, die Koks benötigt, brauchbar macht. (Mangels ausreichender eigener Koksstellen kann Frankreich seine gewaltigen Eisenerzlager nur mit Hilfe ausländischer Koks verhütten.) Polen hat also wohl sehr reichlich Kohlen für Heizzwecke, aber keine verstoffbaren Hüttenkohlen. Infolgedessen mußten die polnischen Hütten ihren Koksbedarf aus Deutschland und Oesterreich decken. Dieser Umstand begünstigte auch wieder das stärkere Eindringen deutschen Unternehmungskapitals in die polnische Industrie, denn mit diesem natürlichen Abhängigkeitsverhältnis mußten auch die russischen Regierungsmaßnahmen gegen die industriekapitalistische „deutsche Invasion“ rechnen.

man, die südrussische Erzzufuhr nach Polen würde nicht auch gesperrt oder doch erheblich verteuert, wenn dagegen nicht in dem Friedensstratrat mit Rußland Vorkehrung getroffen wäre? Eine Zollunion Polens mit Deutschland und Oesterreich könnte der polnischen Industrie auch nicht durchgreifend helfen, weil auch das benachbarte Oberschlesien längst unter einem empfindlichen Mangel an guten einheimischen Eisenerzen leidet, Oesterreich daran ebenfalls keinen Ueberfluß hat (es erschwerte schon die Erzzufuhr nach Oberschlesien) und dazu die ober-schlesischen Unternehmungen überdies längst über das Fehlen eines nahegelegenen, großen, aufnahmefähigen Absatzgebietes klagen, wozu auch die durch unsere Wirtschafts-gesetzgebung geförderte Hochschulpolitik Rußlands Veranlassung gegeben hat. Um die polnische Industrie nicht der Stagnation und der hieraus folgenden Verflümmung zu überliefern, müßte ihren Fabrikaten ferner in dem Friedensvertrag die Absatzfreiheit in Rußland gesichert werden. Ohne dieses Absatzgebiet wäre die polnische Industrie nicht mehr lebensfähig, denn nach dem Westen hin hat sie mit der nicht zu bestehenden Konkurrenz der hochentwickelten deutschen Werke zu rechnen, die selber nach neuen Absatzgebieten trachten.

In der Denkschrift selbst wird angegeben: die Selbstkosten pro Tonne Roheisen stellten sich in Polen „infolge geringerer Arbeitsleistungen“ und „höherer sonstiger Unkosten um etwa 20 Mark höher als in Oberschlesien“. Das, obgleich bisher die polnischen Hütten zum größeren Teil die hochwertigen südrussischen Erze verbrauchten, die Oberschlesien nicht mehr beziehen konnte. Wie erst dann, wenn die südrussischen Erze ausbleiben und hauptsächlich — man kann ja an eine Erzzufuhr aus Schweden denken, die aber schon staatlich limitiert ist — die minderwertigen Inlands-erze verarbeitet werden müssen? Koks muß, wie gesagt, aus Schlesien und Währen bezogen werden. Schmer berechnet, nach russischen und deutschen Autoren, daß Südrußland die Tonne Roheisen um 13 Mk. billiger produziere als Polen! Hier stellten sich die Gießereikosten bis auf 66 Mk. Simmersbach berechnete die Tonnen-Selbstkosten in Polen auf 62,77 Mk. für Martin- und auf 67,44 Mk. für Gießerei-Roheisen. Hütten-direktor Berndt berechnete 1912 die Tonnen-Selbstkosten inkl. Amortisation für Lothringen auf 50,41 Mk., für Rheinland-Westfalen auf 50,41 Mk., für Oberschlesien auf 57,25 Mk. Oberschlesien hatte also von den großen deutschen Hüttenbezirken bereits die höchsten Selbstkosten (Erzmangel, schlechteren Koks als Rheinland-Westfalen) und nun erfahren wir durch Herrn Williger selbst, daß die polnischen Selbstkosten noch 20 Mark höher sind wie in Oberschlesien! Wie also würde die polnische Eisenindustrie, angewiesen auf den Hauptverbrauch der minderwertigen Inlanderze, genötigt, den Hochofenkoks vom Auslande zu kaufen, den Wettbewerb mit der deutschen, österreichischen und der mächtig aufstrebenden südrussischen bestehen? Ohne staatliche Protektion, ohne große, hochbezahlte Staatsaufträge, vielleicht gar noch durch rigorose zollpolitische Maßregeln fast ausgesperrt von dem bisherigen größten Absatzgebiet?!

Das will doch alles nüchtern überlegt sein. Nicht etwa vom Standpunkt irgendeiner privatwirtschaftlichen Interessentengruppe, sondern mit Rücksicht auf die wirtschaftlichen Be-

dürfnisse Polens und seiner Bevölkerung, deren freundschaftliche Gesinnung wir dauernd gewinnen müssen, solles unser Bundesgenosse gegen die europäische Gefahr des moskowitzischen Zarismus sein und bleiben!

Otto Duc.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Deutschlands Kohleausfuhr. — Verzicht auf die Syndikatsumlage. — Käufe von Kohlenzechen. — Berliner Kohlen- und Elektrizitätspläne. — Krupp in Bayern. — Erweiterung der chemischen Interessengemeinschaft. — Nachahmung in England. — Ziele des englischen Handelskrieges.

Eine für die Steinkohlenindustrie nicht unwichtige Maßnahme ist unlängst vom Kohlenyndikat beschlossen worden: die zuletzt in Höhe von 3 Proz. festgesetzte Umlage für Kohlen wird bis auf weiteres nicht mehr erhoben. Nach den Bestimmungen des Syndikatsvertrages dient die Umlage zur Deckung aller Geschäftsunkosten und einer etwaigen Unterbilanz des Syndikats, ihre jeweilige Höhe wird vom Beirat des Syndikats bestimmt. Durch die Umlage wurde in Friedenszeiten in der Hauptsache der Fehlbetrag gedeckt, der sich durch die Minderpreise im Auslande ergab, denn das Kohlenyndikat verkaufte bekanntlich seine Produkte zeitweilig auf dem Weltmarkte in Begegnung der englischen Konkurrenz zu wesentlich niedrigeren Preisen als im Inland. Aus der Umlagerhebung zu Ausgleichszwecken wurde der Gesamtneben der Zechen in manchen Perioden recht nachhaltig in Anspruch genommen. Die Summen, die dabei in Frage kamen, waren vielfach beträchtlich, betrug doch im Jahre 1914 z. B. der Umlagejah 7 Proz. Während des Krieges haben sich die Verhältnisse am Kohlenmarkt, vor allem an den ausländischen Märkten, gründlich geändert. Soweit überhaupt eine Kohlenausfuhr stattfindet, erfolgt sie unter gewinnbringenden Bedingungen, denn ein Wettbewerb kommt naturgemäß gar nicht mehr in Frage. Nach vorliegenden Berichten wird die deutsche Kohlenausfuhr für das Jahr 1915 immerhin auf mehr als 6 Millionen Tonnen geschätzt; im Jahre 1916 sollen die Monatsmengen die des Vorjahres übersteigen haben.

An dem Konzentrationsprozeß, der durch den Krieg eine Fortsetzung in beschleunigtem Tempo erfährt, dürfte die Kohlenindustrie wieder stark beteiligt werden; jetzt vergeht kaum ein Tag, der nicht Meldungen über Fusionsverhandlungen und Besitzveränderungen anderer Art von Steinkohlenzechen bringt. Vor allem sind es wieder die großen Eisenwerke, die das Bestreben haben, ihren Kohlenbesitz zu erweitern. Von Interesse ist die Nachricht der beabsichtigten Erwerbung eines Steinkohlenbergwerks durch die Stadt Berlin. Angeblich soll für den Kauf die Gewerkschaft „Westfalen“ in Frage kommen, deren Förderung zur Deckung des Bedarfs der Berliner Gasanstalten ausersuchen wäre. Vor Ausbruch des Krieges hat die Gemeinde Berlin für ihre Gasanstalten ausschließlich englische Kohle bezogen. Der Fortfall englischer Zufuhren verursachte in den ersten Kriegsmonaten mancherlei Schwierigkeiten, da für die Vertiefung schlesischer Kohlen, die als Ersatz in erster Reihe herangezogen wurden, die Einrichtungen wenig geeignet waren. Es läge nahe, für die Versorgung der Berliner Gasanstalten eine

Polen leidet aber zudem an dem Mangel rationell verhüttbarer inländischer Eisenerze. Zwar könnte es nach der Erklärung des Herrn Bergrat Dr. Williger: das „Königreich Polen“ sei „ein mit Bodenschätzen“ reich bedachtes Land“ scheinen, als ob dort „infolge des Zusammenauftretens von Kohle, Eisen, Zink, Blei- und Kupfererzen . . . die Grundbedingungen für die nutzbringende Verwertung der einzelnen Mineralien im Lande selbst gegeben“ seien. Indessen zeigt eine nähere Betrachtung auch der Darlegungen Willigers, daß er merkwürdig optimistisch urteilt. Das Fehlen verkorbbarer Kohlen für die Hüttenindustrie hebt auch er hervor. Nach seiner eigenen Darstellung betrug die letzte Jahresförderung an Eisenerzen in Polen nur rund 300 000 Tonnen (in Deutschland 28 Millionen). Dagegen haben hier 1912 allein 7 Großhütten 500 514 Tonnen südrussische Erze verarbeitet. Mindestens 60 Proz. des Eisenerzverbrauchs stammte somit nicht aus dem polnischen Inlande. Zieht man den Metallgehalt der Erze in Betracht, so stellt sich das Verhältnis noch ungünstiger heraus. Die polnischen Erze besitzen nämlich meistens nur einen Metallgehalt von 25 bis 35 Proz., während die südrussischen Krivoirogerze 60 bis 70 Proz. enthalten. Die polnischen Maseneisensteine, zum Teil sehr phosphorreich, dienen häufig nur, wie die gleichartigen schlesischen, als Zuschläge. Williger schreibt: der „vorhandene Erzvorrat“ sei, „wie viele Untersuchungen ergeben haben, ein ganz bedeutender“. Nach Schätzungen russischer Geologen bezifferte sich der Vorrat an Eisenerzen auf 300 bis 600 Millionen Tonnen, von denen allerdings ein erheblicher Teil wegen geringen Eisengehalts und wegen malmiger Beschaffenheit nicht abbaubar sei. Andere Urteile lauten viel pessimistischer. So erklärt S e h m e r\*, gestützt auf die besten geologischen Forscher: die polnischen Eisenerze seien nur minderwertig wie die Oberschlesiens. Bogdanowitsch schätzte sie auf 10,8 Millionen Tonnen Metallgehalt; allerdings rechne man noch auf 100 Millionen Tonnen (Metallgehalt) „in absehbarer Zukunft verhüttbarer Erze“. Indessen kann auch die polnische Hüttenindustrie zukünftig nicht schlechtweg „Erze“ verarbeiten ohne Rücksicht auf das Ausbringen. 1900 belief sich die polnische Eisenerzförderung auf fast 500 000 Tonnen; sie ist dann bis unter 300 000 Tonnen gefallen, weil die Verhüttung der ausgezeichneten südrussischen Erze rationeller wurde. Die polnische Roheisenerzeugung stellte sich 1890 auf 127 256, 1900 auf 299 530, 1913 auf 418 366 Tonnen, stieg mithin erheblich, und zwar hauptsächlich infolge der Zufuhr hochwertiger südrussischer Erze. Von der gesamten russischen Roheisenerzeugung entfielen 1913 etwa rund 10 Proz. auf Polen. Seine Hüttenindustrie ist also auch auf stark steigende Erzzufuhren von außerhalb der polnischen Landesgrenzen liegenden Gewinnungsbezirken basiert. Außerdem fehlt es ihm an Kokskohlen.

Diese Tatsache wird natürlich auch durch eine Neuordnung der staatlichen Verhältnisse Polens nicht aus der Welt geschafft. Vielmehr wird dann, je nachdem wie die Neuordnung erfolgt, eventuell die südrussische, viel billiger produzierende Erz- und Eisenindustrie im schärfsten östlichen Wettbewerb mit den polnischen treten. Diese hatte hauptsächlich bis-

her das weite russische Hinterland als Absatzgebiet für sich. S e h m e r ist zu folgendem Schluß gekommen:

„Die Aussichten des polnischen Eisenerzbergbaues und der Roheisenproduktion sind keine günstigen . . . Daß sich die polnische Eisenindustrie überhaupt noch hält, erklärt sich nur noch aus ihrer günstigen Lage in einem der dichtbevölkertsten Teile Rußlands und der Schutzpolitik der russischen Regierung, die den polnischen Hütten den Bezug südrussischer Erze zu erleichtern, ihrem Konkurrenten und Nachbarn Schlesien dagegen zu erschweren sucht.“

Noch ein anderes, sehr gewichtiges Zeugnis über die Fähigkeit Polens, aus eigenen Mitteln eine große Eisenindustrie aufrechtzuerhalten, sei angeführt. Es befindet sich in der von dem Verein Deutscher Eisenhüttenleute herausgegebenen gemeinfaßlichen Darstellung des Eisenhüttenwesens (9. Auflage) und lautet:

„Die polnischen Eisenerzlager nahe der ober-schlesischen Grenze sind nach Menge und Güte minderwertig. Die Förderung ist daher nur klein. Die Verhüttung der Erze ist teilweise nur durch Mischung mit zugeführten südrussischen Erzen möglich. Polens Eisenindustrie hat sich trotz der wenig guten natürlichen Bedingungen nicht ungünstig entwickelt, was jedoch nur den außerordentlich protektionistischen Maßnahmen der Regierung zu danken ist . . .“

Die russische Regierung hat sich aber nicht mit zollpolitischen Schutzmaßnahmen begnügt, sondern hat die Unternehmungen mit großen, sehr gut bezahlten Staatsaufträgen bedacht.

Wie nun, wenn Polen ein selbständiges Staatsgebiet würde? Ohne Erzeinfuhr und Koksimport kann es seine Eisen- und Stahlindustrie nicht aufrechterhalten. Sie konnte sich aber vor dem Kriege auch nur entwickeln unter dem Schutz ausnehmend hoher Eiseneinfuhrzölle, die eine sonst wahrscheinlich erdrückende Konkurrenz seitens des Westens verhinderten. Ferner war Polen begünstigt durch vorzugsweise Zufuhr vorzüglicher südrussischer Erze, durch große Staatsaufträge und durch ein zollgeschütztes gewaltiges östliches Hinterland als Absatzgebiet. Diese Vergünstigungen würden aber der polnischen Industrie nicht ohne weiteres erhalten bleiben, wenn das Land staatlich selbstständig wäre. Kein Mißverständnis! Gegen die staatliche Wiederherstellung Polens hätten wir nichts einzuwenden. Natürlich müßte sie im Einverständnis mit dem polnischen Volke geschehen, anderenfalls würde ein neuer europäischer Wettstreit geschaffen.

Jetzt haben wir es mit der nüchtern zu überlegenden Frage zu tun, wie es eventuell mit der wirtschaftlichen Zukunft des Landes bestellt ist. An der Aufrechterhaltung des Hochschutzes kann es, ein staatlich selbständiges Polen vorausgesetzt, nicht denken, die Beseitigung der Eisenzölle würde aber die polnische Industrie der unmittelbaren Konkurrenz mit der billiger produzierenden oberschlesischen und mährisch-schlesischen, jedoch auch dem Wettbewerb mit der noch sehr entwicklungsfähigen, unter ungleich günstigeren natürlichen Bedingungen produzierenden südrussischen Eisen- und Stahlindustrie aussetzen. Glaubt

\*) Die Eisenerzversorgung Europas. Band II der von Prof. Dr. B. S a r m s herausgegebenen „Probleme der Weltwirtschaft“. Jena 1911.



sichere Grundlage zu schaffen. Schon vor einer Reihe von Jahren hat Berlin übrigens einmal vor ähnlichen Plänen gestanden. Nicht unwahrscheinlich wäre noch ein anderes Kohlenprogramm der Stadt Berlin, nämlich der Kauf eines Braunkohlenwerks als Kraftquelle. Seit die Stadt Berlin die Elektrizitätsversorgung in eigene Regie genommen hat, vollzog sich in dem engeren und weiteren Bezirk Berlins auf dem Gebiete der Stromerzeugung und der Stromabgabe eine Gruppierung von Kräften, die neue Perspektiven eröffnete. Der preußische Bahnfiskus errichtet im Bitterfelder Kohlenrevier für den elektrischen Betrieb der Berliner Stadt- und Ringbahn ein Kraftwerk, das durch Vertrag die Stromlieferung für eine ganze Reihe von Elektrizitätswerken der Provinz Brandenburg übernahm. Unter Führung der Provinz Brandenburg sind aus dem Besitz des Konzerns der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft die Elektrizitäts-Unternehmungen der Aktien-Gesellschaft Märkisches Elektrizitätswerk, die einen großen Teil Brandenburgs mit Strom versehen, übernommen worden. Durch den Zusammenschluß und die billige Kraftenerzeugung bei Ausnutzung der eigenen Braunkohlenwerke wird sich gegenüber den gegenwärtigen Erzeugungskosten des Elektrizitätswerks der Stadt Berlin der Herstellungs- und damit auch der Betriebspreis des fiskalischen Stroms wesentlich niedriger stellen. Unwillkürlich drängt sich die Frage auf, warum bei den gleichen Zielen, die hier für die Stadt und den Fiskus vorliegen, nicht ein gemeinsames Vorgehen zustande kommen konnte. An Empfehlungen einer derartigen Politik hat es nicht gefehlt, entsprechende Vorschläge sind rechtzeitig gemacht worden, bisher hat indessen die Öffentlichkeit nicht erfahren, welche Gründe die Stadt Berlin verhinderten, die überaus naheliegende und zweckmäßige Zentralisation der Stromerzeugung in Berlin in die Hand zu nehmen.

Wirtschaftlich wertvoll dagegen ist die Dezentralisation, zu der die Aktien-Gesellschaft Friedrich Krupp durch die Errichtung einer Geschütz- und Munitionsfabrik großen Stils in Bayern schreitet. Man darf wohl annehmen, daß nicht nur militärische Erwägungen zu der Gründung der neuen Unternehmung, die für den Anfang auf die Beschäftigung einer Arbeiterzahl von etwa 3500 Mann eingerichtet werden soll, geführt haben; es wird betont, daß für Niederlassung Krupps in der Nähe Münchens vor allem der längst gehegte Wunsch der bayerischen Regierung maßgebend gewesen ist, eine Industrie in Bayern groß zu ziehen, diesem Wunsche kam der Plan entgegen, neben der staatlichen Geschütz- und Geschloßfabrik in Ingolstadt eine staatliche Neugründung in die Wege zu leiten. Ueber die Regelung der Beziehungen des neuen Krupp-Unternehmens mit Bayern oder dem Reich ist eine Bekanntgabe nicht erfolgt, mitgeteilt wurde nur, daß die finanzielle Fundierung des Unternehmens durch die Firma Krupp allein geschieht. Bei den Bestrebungen einer Nationalisierung der Waffen- und Munitionsfabriken müßte angenommen werden, daß vertragliche Vereinbarungen von neuer grundlegender Art getroffen worden sind. Von der Uebersiedelung Krupps nach Bayern erhofft man offenbar in München eine Stärkung auch allgemeiner industrieller Entwicklungsmöglichkeiten, die Stadt München hat im Anschluß an die von Krupp erworbenen Terrains ein umfangreiches Industriegelände angekauft.

Zu der Interessengemeinschaft in der chemischen Großindustrie, der sich bereits 7 Farbwerke ange-

schlossen hatten, ist nun noch die Chemische Fabrik Griesheim-Elektron in Frankfurt a. M. getreten. Dieses 8. Mitglied der trustartigen Interessengemeinschaft besitzt nicht nur eine Anilinfarbenfabrik in Offenbach, sondern Betriebe zur Erzeugung anderer chemischer Fabrikate in neun verschiedenen Städten. Anscheinend reizte die erweiterte Interessengemeinschaft in der deutschen chemischen Industrie zur Nachahmung in England. Die Castner Kellner Alkali Comp. und Brunner, Mond u. Co. haben eine Interessengemeinschaft abgeschlossen. Beide Gesellschaften zusammen verfügen über ein Kapital von rund 6 Mill. Pfund. Nach der „Times“ handelt es sich um eine Zusammenarbeit auf technischem und kaufmännischem Gebiete, die den Wettbewerb ausschließt, um im Kampf gegen die ausländische Industrie gerüstet zu sein.

Die letzten Bestimmungen der englischen Handelskriegsgesetze liegen jetzt in einer deutschen Uebersetzung vor, Danach kann das britische Handelsamt in Verträge eingreifen, wenn vor oder während des Krieges mit einer Person im feindlichen Auslande oder einem feindlichen Staatsangehörigen oder mit einer Firma, die vom Handelsamte aus beauftragt wird, eine Vereinbarung getroffen ist, die dem öffentlichen Interesse zuwiderläuft. Es kann dann den Vertrag ganz aufheben oder auf die ihm angebracht erscheinenden Bedingungen beschränken. Die Maßnahmen gegen das in England befindliche feindliche Privateigentum sind bedeutend erweitert. Wenn Inhaber oder Teilhaber eines Unternehmens feindliche Staatsangehörige sind oder feindliche Verbindungen besitzen, oder wenn der Betrieb hauptsächlich zugunsten oder unter Kontrolle feindlicher Staatsangehöriger geführt wird, dann kann das Handelsamt den Geschäftsbetrieb einschränken oder untersagen oder die Auflösung verlangen. Es wird dann ein Kontrolleur verlangt, dem das Handelsamt Vollmacht von der einfachen Ueberswachung an bis zur völligen Liquidation erteilen kann. Bei der Liquidation sind in erster Linie die bevorrechtigten Forderungen nichtfeindlicher Gläubiger zu decken. Ist Geschäftsmasse in Feindesland vorhanden, so wird sie schätzungsweise in Betracht gezogen und die Ansprüche der Gläubiger im feindlichen Auslande gelten durch die Vertreibung darauf als befriedigt. Alle in England wohnhaften feindlichen Staatsangehörigen haben ihr Vermögen über 50 Pfund St. anzumelden. Das Handelsamt kann alles Eigentum feindlicher Staatsangehöriger dem staatlichen Verwahrer überweisen, der es auf gerichtliche Anordnung zur Deckung der Schulden liquidieren darf.

Die Ziele, die England mit der Führung seines Handelskriegs gegen Deutschland verfolgt, sind mit aller Deutlichkeit in einem Urteil des Appellhofs beim Supreme Court of Judicature ausgesprochen worden. Es handelte sich um einen Prozeß, der gegen eine deutsche Firma geführt wurde, die auf Grund eines Vertrages mit einer englischen Gesellschaft dagegen Widerspruch erhob, den Vertrag entgegen den darin enthaltenen ausdrücklichen und ungeweihten Bestimmungen wegen des Kriegs als aufgelöst zu erklären. Als selbstverständlich war die Aufhebung des Vertrages für die Dauer des Kriegs angesehen worden. Das englische Gericht erklärte nun: „Wenn die Klägerin, wie es der Vertrag bezweckt, alle von ihr aufbereiteten Konzentrate für die Beklagten zurückstelle, so würden diese in der Lage sein, bei Friedensschluß ihren Handel so schnell und in so großem Umfang wie möglich wieder aufzunehmen. Damit würden aber die Wir-

fungen des Krieges auf die kommerzielle Blüte des feindlichen Landes abgeschwächt, deren Zerstörung das Ziel unseres Landes während des Krieges ist. Einen solchen Vertrag anzuerkennen und ihm Wirksamkeit zu geben durch die Annahme, daß er für die Vertragsteile rechtsverbindlich geblieben sei, hieße das Ziel dieses Landes, die Lähmung des feindlichen Handels, vereiteln. Es hieße durch britische Gerichte das Werk ungeschehen machen, das für die Nation von ihren See- und Landstreitkräften vollbracht worden ist."

Berlin, den 24. Mai 1916.

Julius Kallisi.

## Kriegsfürsorge.

### Die Prüfstelle für Ersahglieder.

Der Krieg hat Tausende von Menschen zu Krüppeln gemacht. Mancher derselben hat seine Arbeitsfähigkeit ganz eingebüßt und wird sie nicht wieder erlangen. Für diese kann nur noch der Staat durch eine auskömmliche Rente sorgen. Der weitaus größere Teil der Kriegsbeschädigten jedoch ist nicht völlig arbeitsunfähig geworden; ihre beschränkte Arbeitsfähigkeit kann mit Hilfe brauchbarer Arbeitsbehelfe: künstliche Gliedmaßen und Arbeitsstücke in hohem Maße unterstützt und mit der Zeit wieder gesteigert werden. Bei der großen Zahl dieser Art von Kriegsbeschädigten handelt es sich um ein wirtschaftliches Problem.

Die Erkenntnis dieser Tatsache hat dazu geführt, daß man an vielen Stellen, besonders in den Lazaretten und in Krüppelheilstätten, die man zu Lazaretten umgestaltet hat, darangegangen ist, die beste Art und Form künstlicher Gliedmaßen und Arbeitsbehelfe ausfindig zu machen. Ärzte, Mechaniker, Orthopäden und auch manche Private haben sich auf diesem Gebiete mehr oder minder erfolgreich versucht. Die Folge ist, daß heute über 20 Arten künstlicher Arme und etwa 40 von künstlichen Beinen vorliegen. Die Zahl der vorhandenen Modelle ist damit aber bei weitem nicht erschöpft; und noch täglich tauchen neue Modelle auf.

Die Prüfstelle, von der hier die Rede ist, hat also für lange Zeit Arbeit, ihre Gründung war eine Notwendigkeit. Es sind insbesondere in einer ganzen Anzahl von Lazaretten Werkstätten eingerichtet worden, in denen man nicht nur die künstlichen Gliedmaßen und Ansatzstücke, das sind die eigentlichen Arbeitswerkzeuge, erprobt, sondern sie auch herstellt. Es liegt jedoch in der Natur der Sache, daß man hier nicht immer zu einem ganz einwandfreien und unbefangenen Urteil über den Wert und die Brauchbarkeit des jeweiligen Modells kommen können. Diese Werkstätten stehen vielfach unter der Leitung und Aufsicht der militärischen Vorgesetzten der Kriegsbeschädigten. Dadurch werden die meisten der letzteren in ihrem Urteil leicht befangen. In der sicher nicht begründeten, aber doch vorhandenen Befürchtung, durch eine wiederholte ungünstige Auskunft den Mißmut des Vorgesetzten zu erregen, wird mancher der Kriegsbeschädigten dem Vorgesetzten, der vielleicht gar an der Konstruktion des zu erprobenden Stückes persönlich beteiligt ist, diese für gut erklären, obwohl sich nach einer eingehenderen Prüfung herausstellen würde, daß sie es nicht ist. Es soll gar keine Rede davon sein, daß die Auskunft wider besseres Wissen gegeben wird. Es läßt sich aber das psychologische Moment doch nicht in jedem Falle ausschalten.

Wichtiger noch als dieses psychologische Moment ist ein anderes: es fehlt der Antrieb, das Interesse an der Arbeit. Der Kriegsverletzte, der in einer Lazarettwerkstatt arbeitet, ist eben noch immer Soldat, er bezieht seinen Sold und weiter nichts. Und wenn ihm zehnmal gesagt wird, daß die Arbeit, die er da verrichtet, dazu dienen soll, ihm sein späteres Fortkommen zu erleichtern, so wird das — ganz besonders bei der Gemütsverfassung, in der sich ohnehin die meisten Kriegsverletzten befinden — nur bei wenigen den gewünschten Eindruck machen. Die meisten betrachten die Arbeit in den Lazarettwerkstätten ganz mit Unrecht mehr als einen Zeitvertreib, oder bestenfalls als eine besondere Art der Heilbehandlung.

Aber man braucht dieser psychologischen Seite ja keine ausschlaggebende Bedeutung beizumessen. Schwerer wiegen sicher die technischen Mängel, die der Arbeit in den Lazarettwerkstätten anhaften, und die sie für eine wirklich bis auf den Grund gehende Prüfung der hier geschaffenen Arbeitsbehelfe nicht tauglich erscheinen lassen. Es fehlt nämlich in den allermeisten Fällen die Möglichkeit, eine Armprothese oder ein Ansatzstück einer Probe zu unterwerfen, die dem entspricht, was die Praxis wirklich erfordert. Die Arbeit in den in Rede stehenden Werkstätten dauert zumeist nur einige wenige Stunden im Tage und vollzieht sich zudem unter Bedingungen, die denen der Praxis gar nicht entsprechen. Da kann sich sehr wohl ein Arbeitsbehelf scheinbar als gut und brauchbar erweisen, der bei wirklich anstrengender Benutzung in täglich achttündiger oder gar noch längerer Arbeitszeit sehr bald versagen wird. Man denke auch an Arbeiten in staubigen Räumen oder an das Hantieren mit Säuren.

Dann liegt eine weitere technische Gefahr darin, daß jede dieser Werkstätten und Probierstellen für sich arbeitet und sich dabei von vornherein auf ein bestimmtes Modell festlegt, so daß schließlich eine große Zahl verschiedener Modelle von Arbeitsarmen und Ansatzstücken entstehen. Diese Vielheit hat dazu geführt, daß jede dieser Werkstätten nicht nur bestimmte Modelle von Armen und Beinen herstellt, sondern auch hinsichtlich der Ansatzstücke jede nach ihren besonderen Erfahrungen experimentiert und solche herstellt. Und je nachdem nun, von welchen Grundgedanken die einzelne Werkstelle bei der Erzeugung der Ansatzstücke, das sind die eigentlichen Arbeitswerkzeuge, ausgeht, je nachdem fallen auch die Stücke für dieselbe Arbeitsbestimmung verschieden aus. Und nicht nur, daß die Ansatzstücke verschieden ausfallen, daselbe gilt auch für die Art, wie dieselben an den Prothesen befestigt werden. Was das erstere anbetrifft, so beträgt die Zahl der Ansatzstücke bei einigen Armmodellen bis zu 24! Der Arbeiter, der mit diesem Arm ausgerüstet ist, müßte also ständig ein ganzes Arsenal von Ansatzstücken mit sich herum schleppen. Dann die Art der Befestigung. Da findet man neben der einfachen zylindrischen Form den runden Konus; ebenso aber auch das Sechseck und sogar den sechsseitigen Konus; möglicherweise sind der Arten noch mehr.

Es ist wohl einleuchtend, daß diese Buntheit der künstlichen Glieder, Ansatzstücke und ihrer Befestigungsarten zu einer ungeheuren Verschwendung an Zeit, Geld und Material führen müßte. Ja, es besteht die Gefahr, daß manches Glied und manches Ansatzstück später gar nicht ersetzt werden könnte. Es gilt also für die Ersahglieder, Ansatzstücke und ihre Befestigung Normalien zu schaffen und ihre Anzahl auf das geringstmögliche Maß herabzudrücken.

Dieser Aufgabe dient nun die genannte Prüfstelle. Sie hat ihre Werkstätten in der Ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt in Charlottenburg. Sie ist gegründet vom Verein Deutscher Ingenieure, und zwar mit Genehmigung des Reichsamts des Innern. Sie ist aber eine durchaus unabhängige Einrichtung. In ihr sind technische und ärztliche Berater in gleichem Maße tätig. Ihre Betriebsleitung führt ein Ingenieur; außerdem besteht ihr technischer Stab aus fünf Diplomingenieuren, von denen einer die Werkstätten beaufsichtigt. Ihm stehen ein Meister und ein Vorarbeiter zur Seite. Bearbeitet wird an 18 Betriebsmaschinen für Eisenbearbeitung, 4 für Holzbearbeitung und der nötigen Anzahl von Schraubstöcken und Hobelbänken. Die beschäftigten Kriegsbeschädigten stehen im richtigen Arbeitsverhältnis. Sie erhalten anfänglich 3 Mk., später 5 Mk. Arbeitslohn täglich. Sind Massenaufträge vorhanden, kann auch in Afford gearbeitet werden, wobei auch schon höhere Verdienste erreicht worden sind. Die Stücklöhne sollen den in dem industriellen Betrieben gezahlten entsprechen. Auf ihre gesetzlichen Bezüge als Kriegsbeschädigte wird in keiner Weise zurückgegriffen, sie sind hier Arbeiter und nicht Soldaten. Wie die Zusammenarbeit von Prüfenden, Verletzten und Arbeitshilfen hier vor sich geht, das sagt — und wir glauben das bestätigt gefunden zu haben — das Merkblatt, das die Prüfstelle herausgibt:

„Zur Erprobung der Kunstarme werden nur geübte Facharbeiter verwendet, die vollständig geheilt, schmerzfrei und in ihrem Beruf geschickt, außerdem arbeitswillig sind. Von diesen Leuten sind fünf ständig in der Prüfstelle beschäftigt. Die Bandagen sind an diese Arbeiter bereits angepaßt und nach allen Richtungen hin erprobt. Das gleiche gilt von den zur Verwendung gelangenden Werkzeugen und Werkzeugmaschinen. Nachdem also der Mensch, die ihm angepaßte Bandage und die zur Benutzung stehende Maschine nebst Werkzeug bekannt sind, bleibt für den sachkundigen Arbeiter als einzige veränderliche Größe das Erfassgerät zwischen Armstumpf und Werkzeug übrig. Auf die Erprobung dieser Geräte richtet sich zunächst vornehmlich die Arbeit der Prüfstelle und ihres Stabes. Die Ingenieure überwachen die Arbeiter bei der Arbeitsausführung ununterbrochen und versuchen allein oder zusammen mit dem Verletzten Verbesserungen an den Geräten, Werkzeugen oder Maschinen zu machen. Gegebenenfalls wird auch der Konstrukteur des Gerätes herangezogen, um in möglichst kurzer Zeit die zur Prüfung gestellten Geräte auf die höchste Vollkommenheit zu bringen. Von der durch sachverständige Leitung geregelten Wechselwirkung zwischen einem arbeitswilligen und sachkundigen Menschen, der das Kunstglied praktisch gebraucht, dem technisch geschulten Beobachter und endlich dem auf die Verbesserung bedachten Konstrukteur darf man sich wohl Fortschritte im Kunstgliederbau versprechen, die sich auf andere Weise und mit derselben Schnelligkeit nicht erreichen lassen.“

Die Arbeiten der Prüfstelle haben nun schon dahin geführt, daß aus der großen Zahl der Modelle an Armen fünf oder sechs herausgefunden worden sind, die als Normalmodelle für bestimmte Berufsarten angesprochen werden können. An ihrer vervollständigung wird jedoch ständig gearbeitet. Auch bei den Ansatzstücken haben sich schon gewisse Grundformen als brauchbar herausgeschält. Natürlich kann nicht mit einem Ansatzstück, sozusagen einem Universalansatzstück, jede Arbeit verrichtet werden. Aber es hat sich doch das eine bei den vielerlei Prüfungen herausgestellt, daß man auch hierbei gut tut, auf die allereinfachsten Naturformen zurückzugehen.

Es kann selbstverständlich an dieser Stelle keine ins einzelne gehende Beschreibung der verschiedenen Modelle gegeben werden. Bemerkte sei noch, daß neben der Eisen- und Metallbearbeitung, die in den Räumen der genannten Ausstellung stattfindet, auch eine Arbeitsstätte für landwirtschaftliche Arbeiter auf dem Gute Böhren geschaffen worden, und daß die Errichtung weiterer Fachwerkstätten für die Textil- und Lederindustrie in Aussicht genommen ist. Wer sich näher über die Sache unterrichten will, muß schon die Ausstellung selbst aufsuchen; der Gang ist lohnend, da eine ganze Anzahl von Kriegslazaretten und sonstigen Anstalten ihre Erzeugnisse an künstlichen Gliedern und Arbeitsbehelfen ausgestellt haben, und — nach vorheriger Anmeldung, die besonders den Gewerkschaften zu empfehlen wäre — auch die Prüfstelle im Betriebe beschäftigt werden kann.

Zum Schluß sei nur noch bemerkt, daß gerade vom sozialen Standpunkte aus die Arbeiten der Prüfstelle nur zu begrüßen sind. In einem Artikel in der „Neuen Zeit“\*) ist bereits in unserer Ansicht nach allerdings übertriebener Weise darauf hingewiesen, wie die Beschaffung und Unterhaltung des künstlichen Gliederersatzes die Kriegsbeschädigten möglicherweise in unangenehme Abhängigkeit vom Unternehmertum bringen kann. Wenn man eine solche Gefahr überhaupt in den Bereich der Möglichkeit zieht, dann haben gerade die Gewerkschaften das allergrößte Interesse daran, daß auf diesem Gebiete mögliche Vereinheitlichung angestrebt wird, daß Normalien geschaffen werden, die den Kriegsverletzten die Möglichkeit geben, in jeder Werkstatt zu arbeiten, die ihn freizügig und damit gänzlich unabhängig machen von dem Wohl- oder Uebelwollen dieses oder jenes Unternehmers. So können wir auch aus diesem Grunde die hier beschriebene Einrichtung nur mit Genugtuung begrüßen. A. Knoll.

## Arbeiterbewegung.

### Antigewerkschaftliche Phraseologie.

Antigewerkschaftliche Phraseologie ist schon vor dem Kriege bei manchem unserer Dogmatiker nichts Seltenes gewesen. Jetzt kann man sie noch weit häufiger hören. Besonders das gewerkschaftliche Kriegsbuch hat so widersprechende und unzutreffende Beurteilung gefunden, daß ich mir die Erlaubnis erbitte, gerade im „Correspondenzblatt der Generalkommission“ darauf zurückkommen zu dürfen. Ist es doch einem Deisterreicher so gut wie unmöglich, über theoretische Fragen, die mit dem Kriege zusammenhängen, sich auszulassen, wenn man kein Amt bekleidet, das mit einem offiziellen Mandat verbunden ist und welches neben dem Verstand auch das Privilegium verleiht, eine gegensätzliche Meinung äußern zu können. Und die Dogmatiker sind nicht bloß streng, ja gewalttätig, sondern sie bedienen sich, da sie offen als Zensoren aufzutreten sich manchmal scheuen, der Methode, in unauffälliger und daher nicht greifbarer Weise das Wort dessen, der nicht zur Loge gehört, zu unterdrücken. Am liebsten möchten sie solche Schriften wie die der 16 Gewerkschafter ganz totschweigen, und das wurde auch Anfangs versucht. Nicht weil das Buch als schlecht oder uninteressant angesehen worden wäre, sondern weil es jenen dialektischen Spielereien aus dem Wege ging, die unsere „Giftnudeln von Theoretikern“, wie gewisse marxistische Hegenmeister jüngst etwas

\*) Die sozialen Gefahren des künstlichen Gliederersatzes. Von F. Knoll. Nr. 5 der „Neuen Zeit“.

drastisch genannt wurden, so gerne treiben. Die österreichischen Arbeiter zumal sind für derlei halbrecherische Trapezkünste nicht eingenommen, und wenn sie daher sorgfältig vor solchen bewahrt werden sollen, dann erst recht vor Ansichten, die nüchtern sind wie jene, welche die 16 Gewerkschafter aussprachen.

Wie? Die Arbeiterchaft sei an einer siegreichen Beendigung des Krieges, an einer ungehemmten Entwicklung des Kapitalismus interessiert? Ja, wo bliebe denn dann der revolutionäre Klassenkampf? Und steht jene Anschauung nicht im Widerspruch zu diesem Dogma? Haben nicht akademisch geachtete und daher (!) nicht vorgebildete Arbeiter überhaupt den Anspruch darauf, sich mit solchen Themen zu befassen? Wer sagt ihnen dann, daß ein siegreicher Krieg einen wirtschaftlichen Aufschwung bringen werde? Und da wird nun auf Tod und Leben betwungen, daß einzelne Abhandlungen Irrtümer enthalten, und daß es nicht gut sei, wenn Gewerkschafter, statt wiederzukäuen, was die privilegierten Vertreter der marxistischen Wissenschaft ihnen vorzusetzen belieben, selbständig eine Meinung vertreten. Wahre Purzelbäume der Dialektik — so heißt dies Schibboleth, dessen sich die Geheimräte der Arbeiterbewegung bedienen — werden vollführt, um zu beweisen, daß das, was die simplen Gewerkschafter sagen, nicht so ganz marxistisch „fojcher“ ist. Panjfon sagt, daß der Sieg eine absolute Notwendigkeit sei; Gué, Scherm, Winnig u. a. sagen dasselbe. Aber stimmt das mit dem, was bisher gelehrt wurde? Karl Marx sagte doch . . . und nun folgt irgendein passendes Zitat, dessen Inhalt nach allen Seiten gedreht wird, bis man das herausdestilliert hat, was man braucht. Daß der Arbeiter kein Vaterland habe, sei zwar nicht richtig; wer aber glaube, er habe ein Vaterland, das er verteidigen müsse, sei gleichfalls auf dem Holzwege. Alles sei nur mit dem bekannten Körnchen Salz zu verstreuen; dieses aber befinde sich im Besitze der gelehrten Theoretiker, also — haben Praktiker zu schweigen und auf das zu horchen, was von jenen ex cathedra verkündet werde. Habe „Rom“ einmal gesprochen, dann gibt es keine Einwendung dagegen! Wer es dennoch tut, ist ein Ketzer. Mit Ketzern aber wird kurzer Prozeß gemacht; das Verfahren ist bekannt. Es ist durchaus würdig des revolutionären Pazifismus, den unsere theoretischen „Giftnudeln“ predigen, und des Imperialismus, den sie in bezug auf die Gewerkschaftsbewegung für sich reklamieren.

Man braucht wirklich nicht jedes Wort zu unter schreiben, das jene 16 Gewerkschafter ausgesprochen haben. Aber man muß Front machen gegen die höchst undemokratische Art, in der über ihre Arbeit abgeurteilt wird. Diese von oben herab mit einem Schwall von Worten sich ergießende Kritik ist auch taktisch unklug; denn sie erweitert nur die Klüft, die heute durch die Arbeiterbewegung geht und an der jene Theoretiker so viel Schuld tragen. Und schon gar borniert ist es, der Masse der Arbeiter vorzuenthalten, was die 16 Gewerkschafter gesagt haben, da man doch stolz darauf sein sollte, daß es in der Gewerkschaftsbewegung tüchtige Köpfe gibt, die den Mut ihrer Überzeugung und so viel Selbständigkeit besitzen, daß sie ohne die theoretische Nabelschnur ihre Arbeit verrichten können. Ohne daß man sich die Beweisführung der Sechzehn im einzelnen zu eigen macht, darf gesagt werden, daß ihre Auffassung im wesentlichen richtig und den Interessen der Arbeiter durchaus dienlich ist. Sie fahren nicht mit der Stange im dialektischen Nebelheim herum, das ist wahr, aber kein Fehler, sondern ein Vorzug. Sie sind ihrer

Überzeugung viel zu sicher, als daß sie befürchten müßten, vom Klassenstandpunkt abzuweichen, wenn sie einer praktischen Realpolitik das Wort reden. Es wäre traurig, wenn man deswegen als des Verrats an der Internationalität verdächtig werden könnte, weil man ein Interesse der deutschen Arbeiterchaft an der Kolonialpolitik behauptet. Wie oft ist nicht den Arbeitern klargemacht worden, daß von einem Sprung in den sozialistischen Zukunftsstaat keine Rede sein könne und daß sie durch die kapitalistische Entwicklung hindurch müßten. Und jetzt soll es ein Blödsinn sein, weil man für Exportmöglichkeiten, für die offene Tür auf dem Weltmarkt ist? Oder meint man im Ernste, dies hänge nur von dem guten Willen der deutschen Arbeiter ab? Von ihrer richtiggehenden „Ideologie“? Engländer und Franzosen — von den Russen gar nicht zu reden! — sind anderer Meinung, und es wäre deshalb die größte Albernheit, wenn die deutschen Proletarier zu den noch nicht gebannten Gefahren des Weltkrieges auch noch das Risiko auf sich nehmen würden, das jene und ihre deutschen Gönner jowie andere Auslandsschauvinisten ihnen zumuten.

Freilich, die sechzehn Gewerkschafter haben ihrer Überzeugung offen Ausdruck gegeben und jede Umschreibung verschmäht; sie meinen, was sie sagen, und sagen, was sie meinen. Das kann ein revolutionärer Marxist angeblich heute nicht; aber das ist nur die halbe Wahrheit, denn sie taten es auch früher nicht, sofern sie über das erforderliche Maß von Verantwortungsgefühl verfügten. Wo aber letzteres fehlt, wird man aus dem Widerspruch nicht herauskommen und vor lauter Wenn und Aber nicht dazu kommen, den Arbeitern einen Rat zu geben, den sie konsequent zu befolgen in der Lage sind. Ja, die Konsequenz! Die geht unseren Dialektikern und Marx-Gelehrten so sehr wider den Strich, daß sie sich nicht anders zu helfen wissen, als indem sie empfehlen, just das Gegenteil von dem zu tun, was die Bourgeoisie tut. Sie bilden sich ein, unabhängig von dieser ihre Politik zu machen und haumeln rettungslos an deren Leitseil. Das zu sagen, schien mir geboten, um nach Möglichkeit zu verhindern, daß Gewerkschaftern das selbständige Denken und Arbeiten durch revolutionäre oder wissenschaftlich klingende Tiraden vererbt werde. Das Buch „Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis“ ist darum wertvoll, weil es zeigt, welche Tüchtigkeit in der deutschen Gewerkschaftsbewegung steckt und daß ihre Führer trotz der Kriegspychose, der gerade viele Radikale verfallen sind, wenn sie es auch nicht Wort haben wollen, sich ein klares, nüchternes Urteil bewahrt haben, das grundjährlich — einwandfrei ist, obzwar es aller revolutionären Romantik entschlossen den Rücken kehrt. Zum Glück gibt es dafür, wie manche Artikel der Wiener „Arbeiterzeitung“ beweisen, auch in Oesterreich Befenner.

Sigm. R a f f (Wien).

#### Aus den deutschen Gewerkschaften.

Der Buchdrucker-„Korrespondent“ hat aus Anlaß des fünfzigjährigen Jubiläums des Verbandes eine Feiernummer herausgegeben. Der lezenswerte Inhalt wird durch ein Gedicht Ernst Preczangs eingeleitet, das dem Verbands, dem „blühenden Baum im Sorgenland“ gewidmet ist und zu dem Weiten gehört, was uns bisher an solchen Ehrentagen der Arbeiterbewegung geschenkt wurde. Preczang, der aus der Arbeiterklasse hervorgegangene Dichter, hat hier weit mehr gegeben als ein „Festlied“; er gab, was nur er aus dem vollen Herzen geben konnte, denn als einstiger Buchdrucker hat er am eigenen Leibe die Bedeutung des Ver-

bandes im Leben der Arbeitsgenossen erfahren und empfunden. — In einem Artikel „Fünfzig Jahre Organisationsarbeit“ schildert Emil Döblich die wichtigsten Abschnitte der Verbandsentwicklung, und G. Eisler bespricht ebenfalls in einem längeren Aufsätze das „Werden und Wirken der Unterstützungseinrichtungen“. Der weitere Teil der Festnummer ist den Jubilaren des Verbandes gewidmet, die der Organisation 25 bis 50 und mehr Jahre angehört haben. Wir sind nicht ganz sicher, aber wir glauben kaum, daß noch einer unserer Verbände 7184 Mitglieder aufweisen kann, die seit mehr denn 25 Jahren treue Verbandsmitglieder waren. Darunter sind 120, die dem Verbande seit seiner Gründung angehören, und 75 von diesen waren schon vorher in lokalen oder Provinzial-Vereinigungen organisiert. 37 der alten Veteranen sind noch im Buchdruckerberuf tätig. Von den Verbandsfunktionären sind 15 seit 25 Jahren und länger im Amte. Der Verbandsvorsitzende Döblich ist seit 1883 und der Verbandskassierer Eisler gar seit 1873 als Verbandsfunktionär tätig. Das ist eine Lebensarbeit im Dienste der Sache, die die schönsten Früchte getragen hat.

Der Verband der Fabrikarbeiter hat im Kriegsjahr 1915 einen kleinen Rückgang zu verzeichnen, jedoch bei weitem nicht so stark wie im Jahre 1914. Zu Beginn des Jahres 1915 hatte der Verband (ausschließlich der im Jahre 1914 zum Seere eingezogenen) noch 130 341, am Schlusse des Jahres noch 85 118 Mitglieder; also 45 223 weniger. Abgerechnet der zum Kriegsdienst Eingezogenen beträgt der tatsächliche Mitgliederverlust 11 493 gegen 20 937 im Jahre 1914. Dieser Verlust ist überdies nicht entstanden durch vermehrte Austritte von Mitgliedern, sondern weil die Zahl der Neuaufnahmen sehr weit hinter den der Friedensjahre zurückblieb. Im Jahre 1913 traten dem Verbande 58 467 Mitglieder bei; im Jahre 1914 immer noch 31 939, im verflossenen Jahre dagegen nur 10 041. Der Mitgliederrückgang, der übrigens in Anbetracht der Verhältnisse gering ist, erklärt sich also nicht aus einer Fahnenflucht der organisierten, sondern aus dem teilweisen Versiegen des Zustroms der unorganisierten Arbeiter. Die Finanzen des Verbandes haben sich gleichfalls nicht ungünstig gestaltet. Die Einnahmen sind zwar erheblich — von 3 935 365 Mk. im Jahre 1913 auf 2 117 837 Mk. — zurückgegangen, jedoch sind gleichzeitig auch die Ausgaben von 4 431 339 Mk. auf 1 953 508 Mk. gesunken, so daß noch ein Einnahmeüberschuß von rund 160 000 Mk. verblieb, der das Vermögen des Verbandes von 3 364 549 Mk. auf 3 528 878 Mk. steigerte. Von den Ausgaben entfielen 1 243 665 Mk. auf Unterstützungen aller Art. Den Hauptteil erforderte die Unterstützung der Kranken mit 462 984 Mk., dann folgt die Unterstützung der Familien eingezogener Mitglieder mit 353 199 Mk. und die Unterstützung der Arbeitslosen, für die 278 414 Mk. aufgewendet wurden. Lohnbewegungen in der im Frieden üblichen Weise konnte der Verband natürlich nicht führen. Es ist ihm aber gelungen, durch Eingaben und andere Maßnahmen in zahlreichen Fällen die Unternehmer zu einer Erhöhung der Löhne oder zur Bewilligung von Teuerungszulagen zu veranlassen. Der dadurch erzielte Mehrverdienst war allerdings so gut wie nie ein voller Ausgleich für die Steigerung der Lebenskosten, aber er hat doch gar manchem die Last der Teuerung etwas erleichtert. — Der Fürsorge für die kriegsbeschädigten Mitglieder hat der Verband seine ernste Aufmerksamkeit gewidmet.

Leider hat er bei den Unternehmervereinigungen des Verbandsgebiets nicht überall das gewünschte und erhoffte Maß von Entgegenkommen gefunden. Nur wenige von den Vereinigungen, an die sich der Verband mit Vorschlägen wandte, kamen über schöne Worte und billige Versicherungen hinaus.

Der Fleischerverband hat seit Beginn des Krieges bis zum 31. März 51 231 Mk. Unterstützung an die Familien der zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder gezahlt.

An der Arbeitslosenstatistik des Holzarbeiterverbandes beteiligten sich im Monat April 753 Zahlstellen mit 68 208 Mitgliedern. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug 3640. Am letzten Tage des Monats waren 1134 Arbeitslose vorhanden, oder 1,66 Proz. gegen 1,72 Proz. im Vormonat und 5,57 Proz. im April 1915. An Arbeitslosenunterstützung wurden 9097 Mk. verausgabt.

Der Hutarbeiterverband ist im Jahre 1915 von den Folgen des Krieges hart betroffen worden. Gegen die Kriegszeit im Jahre 1914 ist im Jahre 1915 zwar die durchschnittliche Arbeitslosigkeit von 50 auf 29 Proz. aller Mitglieder gefallen. Der Abnahme der Arbeitslosigkeit steht aber keine Zunahme der Beschäftigten gegenüber. Seit dem 1. Juli 1914 bis Jahreschluß 1915 ist die Zahl der in der Hut- und Filzwarenindustrie tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen von 25 000 auf 14 000 gesunken. Den verhältnismäßig stärksten Rückgang hat infolge Wollmangel und Wollentziehung die Wollindustrie erlitten; die Zahl der Beschäftigten ist von 7400 auf 2900 zurückgegangen. Trotz der Verminderung des Personals war die Arbeitslosigkeit, namentlich in der Strohindustrie, sehr groß. Auf 15 406 Arbeitslosigkeitsfälle kommen 696 483 Tage Arbeitslosigkeit. Ungeachtet der Schwierigkeiten, die in der Gewinnung und in der Erhaltung der Mitglieder zu überwinden waren, trat nur ein Verlust von 143 weiblichen Mitgliedern ein. Die Zahl der Mitglieder sank insgesamt von 9437 auf 8031. An den Bewegungen zur Erlangung von Teuerungszulagen waren 4607 Mitglieder beteiligt. Erreicht wurden Lohnzulagen im Betrage von 7883 Mk. die Woche. An den Abwehrbewegungen, die sich hauptsächlich gegen die Erhöhung der Zwirnpreise für die Strohhutnäherinnen richtete, waren 5055 Personen beteiligt. Für sie wurde eine Verdienstminderung von 12 135 Mk. die Woche abgewehrt. Ein Versuch, die Arbeitslosigkeit durch das Strecken der Arbeit zu bekämpfen, schlug fehl. Ein Antrag an die zuständige Reichsbehörde, während des Krieges, besonders in der Strohhutindustrie, alle Ueber-, Nacht- und Sonntagsarbeit zu verbieten, fand nach fünf Monaten, als die Arbeitszeitbeschränkung durch die Wollentziehung und den Saisonschluß fast gegenstandslos geworden, seine Erledigung mit dem Bescheide: Das Verbot schade den Arbeitern mehr wie es nütze. Die Hutarbeiter wissen jedoch selbst, was ihnen frommt; sie werden nach wie vor die Ueber-, Nacht- und Sonntagsarbeit energisch bekämpfen. Erfolgreich waren die Bemühungen, für die infolge Wollentziehung arbeitslosen oder mit verkürzter Arbeitszeit beschäftigten Wollarbeiter und -arbeiterinnen Sonder- und Erwerbslosenfürsorge zu erlangen. Wertvoll ist diese Fürsorge namentlich in den Gemeinden, die sich seither um die Arbeitslosen nicht gekümmert haben. Zur Milderung des Arbeitslosenelends erhöhte der Verband die reduzierte Arbeitslosenunterstützung und führte die 1914 aufgehobenen Unterstützungen wieder ein. Auch für die Militärentlassenen ist etwas vorgesorgt. Die Einnahmen des Verbandes und

seiner Klassen bezifferten sich insgesamt auf 194 537 Mark, die Ausgaben auf 169 525 Mk. Hiervon entfallen rund 34 000 Mk. auf Unterstützungen an Arbeitslose, Umziehende, Kranke, Sterbefälle, Kriegs-, Weihnachts-, Notfall- und Invalidenunterstützung. An Klassenbeständen blieb als Vortrag 325 885 Mk.

Der Vorstand des Verbandes der Schuhmacher hat dem Reichsamt des Innern eine Eingabe mit dem Ersuchen unterbreitet, eine Konferenz der Arbeitgeber- und Arbeiterverbände der Schuhindustrie zu berufen, um über eine Unterstützung der Arbeiter zu beraten, die infolge der Lederknappheit und Betriebseinschränkungen arbeitslos geworden sind oder ein bestimmtes Lohnminimum nicht verdienen können.

Der Zimmererverband gewährt in der zweiten Hälfte des Juni den Familien der eingezogenen Mitglieder zum fünften Male eine Notunterstützung, die um eine Mark erhöht wird, so daß in den drei Klassen je 8, 9 resp. 10 Mk. zur Auszahlung gelangen.

## Arbeiterversicherung.

### Krieg, Geschlechtskrankheiten und Arbeiterversicherung.

Es hat lange gedauert, ehe der weit verbreiteten, engherzigen Anschauung, daß Geschlechtskranke lieberliche Menschen seien und ihr Leiden verdiente Strafe sittlicher Verfehlungen, wenigstens die gesetzliche Grundlage entzogen wurde. Im Krankenversicherungsgesetz von 1883 und dem Hilfskassengesetz vom 1. Juni 1884 war vorgesehen, daß das Krankengeld oder die Unterstützung ganz oder zum Teil versagt oder ausgeschlossen werden konnte bei Krankheiten, die sich die Klassenmitglieder durch „geschlechtliche Ausschweifungen“ zugezogen hatten. „Die von den soliden Arbeitern aufgebrauchten Mittel sollen nicht an Unwürdige vergeudet werden.“ Das war das dem damaligen Gesetzgeber maßgebende Leitmotiv. Auch das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz von 1889 verbot, eine durch „geschlechtliche Ausschweifungen“ herbeigeführte Krankheit auf die für die Rentenbewilligung erforderliche Wartzeit anzurechnen. Und die Rechtsprechung sah schon in einem einmaligen geschlechtlichen Fehltritt den Grund zur Verjagung des Krankengeldes. „Ausschweifung ist schon, was über die herrschende Sitte, die geltende Moral hinausgeht. Diese beschränken den erlaubten Weischauf auf die Ehe. Es ist daher, um den Begriff der Ausschweifung auf eine geschlechtliche Handlung anzuwenden, mehr als ein einmaliger außerehelicher Weischauf nicht erforderlich,“ entschied 1894 das Reichsversicherungsamt. Auch die frühere Seemannsordnung ging von dieser Anschauung aus. Diese Ausnahmestellung der Geschlechtskranken wurde zuerst 1902 in der Seemannsordnung und 1903 im Krankenversicherungsgesetz beseitigt. Die Erfahrungen des täglichen Lebens ließen diese alte Anschauung denn doch als grundfalsch erkennen. „Die schnelle und wirksame Heilung der Geschlechtskrankheiten gehört zu den dringendsten Bedürfnissen der allgemeinen Wohlfahrt. Diese Krankheiten haben eine solche Ausdehnung erlangt, daß dadurch der allgemeine Gesundheitszustand, der Wohlstand und die Wehrhaftigkeit der Bevölkerung in immer größerem Umfang gefährdet wird. Die bisherigen Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes haben zur Unterdrückung der Seuche nicht nur nicht beigetragen, sondern oft vielmehr zur Verschleppung geschlechtlicher Erkrankungen geführt. Ins-

besondere ist die zu ihrer wirksameren Bekämpfung nötige Anstaltsbehandlung meist unterblieben, weil die Krankenkassen bei ärztlicher Behandlung ohne die bisher ausgeschlossene Krankengeldzahlung für den Erkrankten weniger zu leisten brauchten als bei der Anstaltsbehandlung. Es darf erwartet werden, daß sowohl in dieser Beziehung als auch in bezug auf die jetzt vielfach versäumte rechtzeitige Einleitung des Heilverfahrens eine wesentliche Besserung eintreten wird, wenn die zuungunsten der Geschlechtskranken bestehende Ausnahmebestimmung fortfällt und grundsätzlich eine Gleichstellung der Geschlechtskranken mit den übrigen Kranken bezüglich der ihnen zu gewährenden Leistungen eintritt.“ So hieß es in der Begründung zur Krankenversicherungs-Novelle von 1903. Seit dieser gesetzlichen Beseitigung der Ausnahmebestimmung der Geschlechtskranken ist ihnen auch die Fürsorge der Arbeiterversicherung zu Teil geworden, so daß schon 1912 in der Veröffentlichung der Medizinalabteilung des Ministeriums des Innern über das Gesundheitswesen des Preussischen Staates anerkannt werden konnte, daß in der erfreulichen Zunahme der Anstaltsbehandlung Geschlechtskranker „der Segen des Krankenversicherungsgesetzes unverkennbar zu spüren“ sei.

Auch die Träger der deutschen Invalidenversicherung haben in den letzten Jahren der Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten ein besonderes Augenmerk zugewendet. Ist auch die Zahl der Fälle, in denen sie ein Heilverfahren eintreten ließen, relativ nur gering, da sie die frischeren Fälle den Krankenkassen überließen, so sind sie doch schon vor Ausbruch des Krieges in Erwägungen eingetreten, ob nicht mit Hilfe von Auskunfts- und Fürsorgestellen, namentlich in den größeren Städten, den verheerenden Wirkungen der Geschlechtskrankheiten mit ihrer Vernichtung so manchen Familienglücks und dem dauernden Siedtum von Frau und Kindern nachdrücklich begegnet werden könne. Zur Beratung der Kranken nach Abschluß der ersten Behandlung und zur Beeinflussung derselben zur regelmäßigen Vorstellung beim Arzt hat die Landesversicherungsanstalt der Hansestädte am 1. Januar 1914 in Hamburg unter Leitung eines Spezialarztes eine derartige Stelle eröffnet. Auf Anregung des Reichsversicherungsamtes haben sich die Landesversicherungsanstalten auch zur wirksamen Unterstützung der so überaus erspriesslichen Aufklärungsarbeit der deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten bereiterklärt.

Hier handelt es sich um eine Aufgabe, die nicht ernst genug genommen werden kann. Die Geschlechtskrankheiten zehren in gleicher Weise wie die Tuberkulose und der Alkoholismus an der Volksgesundheit. Eine am 30. April 1900 in Preußen vorgenommene Zählung hat ergeben, daß an diesem Tage rund 41 000 Geschlechtskranke in ärztlicher Behandlung waren, davon 16 550 Syphilitiker. Dabei hatten nur etwa 63 Proz. der befragten Ärzte geantwortet. Außerdem aber läßt sich ein großer Prozentsatz der Erkrankten überhaupt nicht oder nur von Kurpfuschern behandeln. Es muß die Zahl der Erkrankten an jenem Tage also erheblich größer gewesen sein. Dr. Silber schätzt sie auf rund 100 000 und berechnet daraus für Preußen, daß jährlich eine halbe Million Menschen an Geschlechtskrankheiten leiden. Prof. Blaschko hat in einer vor einigen Jahren erschienenen Schrift — „Krankheit und soziale Lage“, Seite 529 — den Satz aufgestellt: „Die absolute Einkindersterilität beruht beinahe zu 50 Proz. auf einer früheren Tripperinfektion, so

daß man dadurch in Deutschland auf einen jährlichen Geburtenausfall von annähernd 200 000 Kindern rechnen kann."

Nun hat uns auch der Krieg auf diesem Gebiete vor neue Aufgaben gestellt. Es ist geradezu als wenn der Krieg sein Wesen — Zerstörung und Vernichtung — auch hier dokumentieren wollte. Die Zahl der Geschlechtskranken ist, namentlich in den ersten 9 Kriegsmonaten, bei der Truppe erheblich gewachsen. Inzwischen ist es jedoch wieder besser geworden. Die Militärverwaltung hat dafür gesorgt, daß im Felde alle Geschlechtskranken sofort fachärztlicher Behandlung zugeführt und aus ihr nicht eher wieder entlassen werden, bis jede Ansteckungsfähigkeit beseitigt ist. Auch andere Maßnahmen sind ergriffen, um diese Seuche wirksam zu bekämpfen. Immerhin ist bei der langen Dauer des Krieges und der außerordentlichen Größe unseres Heeres die Gesamtziffer der geschlechtlich erkrankten Soldaten hoch genug, um eine umfassende heimische Gesundheitspflege für die ins bürgerliche Leben zurücktretenden erforderlich erscheinen zu lassen. Und dieser Aufgabe wollen sich nun die Landesversicherungsanstalten unter Führung des Reichsversicherungsamtes unterziehen. Mit der Militärverwaltung sind Grundsätze hierüber vereinbart, deren Durchführung außerordentlich segensreich zu werden verspricht. Die Versicherungs-pflichtigen unter den geschlechtlich erkrankten Soldaten sollen mit ihrem Einverständnis den zuständigen Landesversicherungsanstalten gemeldet werden. Diese errichten Beratungsstellen, durch welche die Geschlechtskranken zunächst ärztlich überwacht werden sollen. Beratung und Behandlung der Kranken werden streng geschieden. Die Beratungsstellen selbst sollen grundsätzlich von einer Behandlung absehen. Diese darf bei einer Seuche, wie die Geschlechtskrankheiten, nicht einem kleinen Kreise von Ärzten ausschließlich vorbehalten werden. Sobald eine Behandlung nachträglich wieder notwendig wird, soll sie mit Hilfe der Krankentassen gewährt werden, eventuell auch von den Landesversicherungsanstalten allein.

Die wirksamste Waffe zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten wäre den Versicherungsträgern natürlich in die Hand gegeben, wenn sie den im Felde bewährten Behandlungszwang fortsetzen könnten und wenn sich ein Verbot der Behandlung Geschlechtskranker durch Kurpfuscher erzielen ließe. Einzwängen müssen sie den Kampf auf dem Boden der Freiwilligkeit aufnehmen. Denn nur die geschlechtskrank gewordenen Leute bei der Truppe, welche damit einverstanden sind, werden von der Militärverwaltung den Versicherungsanstalten namhaft gemacht. Und die Beratungsstellen werden nur die unter ihnen erfassen, welche so vernünftig sind, die unauffällige und kostenlose Fürsorge der Versicherungsanstalten demnächst in Anspruch zu nehmen. Aber es ist doch wenigstens der Anfang mit einer planmäßigen Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten gemacht und aus diesem Anfang wird sich im Laufe der Zeit auch ein immer weiter auszubauendes Gebäude gesundheitslicher Fürsorge gestalten. Auch die Bekämpfung der Tuberkulose hat klein anfangen müssen, viel kleiner, als hier die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten.

Wichtigste Pflicht und fällt die Fürsorge der Versicherungsträger mit der Wahrung strengster Verschwiegenheit. In der Volksanschauung wird leider noch immer der geschlechtlich Erkrankte als mit einem sittlichen Makel behaftet angesehen. Damit muß

nun leider einmal gerechnet werden. Und dieser Anschauung soll auch in den Maßnahmen der Landesversicherungsanstalten Rechnung getragen werden und Beratung und Behandlung möglichst unauffällig stattfinden. Und immerwährende Belehrung wird auch die neue Einrichtung der Versicherungsträger möglichst schnell im Volke einbürgern lassen. Die Mängel der gegenwärtigen Stunde müssen gemildert und die von den geschlechtlich erkrankten Kriegern drohenden Gefahren auf das geringste Maß herabgesetzt werden.

Dieser Belehrung ist auch ein 62 Seiten starkes Buch von Dr. Kaufmann, dem Präsidenten des Reichsversicherungsamtes, unter dem Titel, den wir als Ueberschrift dieser kleinen Abhandlung gewählt haben, gewidmet (Berlin 1916, Verlag von Franz Vahlen). Es schildert in meisterhafter Weise alle hier einschlagenden Tatsachen und ist mit warmem Herzen zur Erfüllung der hier vorliegenden Aufgabe geschrieben. Aus seinen Darlegungen wollen wir als Schluß dieser Abhandlung einen kurzen Abschnitt hierhersetzen, der zeigt, von welcher hohen Warte Dr. Kaufmann die ganze Angelegenheit betrachtet:

"In dem ungeheuren Erleben dieses Krieges wird ein neues Geschlecht groß, das . . . mit stärkerem sittlichen Empfinden und höherer Achtung vor der natürlichen Würde der Frauen auch für eine Vertiefung des staatsbürgerlichen Gedankens und des Pflichtbewußtseins des einzelnen gegenüber der Gesamtheit reifer geworden ist. Körperlicher und geistiger Wehrkraft der Nation zustrebend, muß es auch lernen, Krankheiten nicht mehr als rein persönliche, sondern für das öffentliche Wohl bedeutungsvolle Vorgänge zu behandeln. Das Bewußtsein soll in ihm lebendig werden, der Allgemeinheit verpflichtet zu sein, das kostbare Gut der Gesundheit gewissenhaft zu pflegen, dafür aber auch einen erhöhten Gesundheitsschutz von der Gemeinschaft fordern zu dürfen. Das gilt in besonderem Maße für die Geschlechtskranken. Ihnen muß der Gedanke in Fleisch und Blut übergehen, daß sie ein unverzeihliches Verbrechen an sich, der Familie und der Nation begehen, wenn sie nicht alle Mittel, auch die von den Versicherungsträgern bereitwillig angebotene, kostenlose und unauffällige Behandlung benutzen, um so schnell wie möglich geheilt zu werden, und daß sie vor völliger Heilung nicht geschlechtlich verkehren oder eine Ehe eingehen dürfen. . . . Als ehrlos und strafwürdig müssen Geschlechtskranke gebrandmarkt werden, die im Bewußtsein ihrer Krankheit zur Ehe schreiten. Wesentlich für eine Neuorientierung auf diesem Gebiete ist, daß wir, wie Gruber in einem Vortrag über die hygienischen Aufgaben der Gegenwart treffend gesagt hat, „fühlen und handeln als Lebensleute des zur Unsterblichkeit bestimmten Lebendigen, dessen vergängliche Blüten und Samenkapfen wir sind.“

Hoffen wir, daß die neue Einrichtung der deutschen Arbeiterversicherung dem hier erstrebten Ziele nahekommt, dann ist der lebenvernehmende Krieg wenigstens in einem Falle auch zu einem aufbauenden Faktor geworden.

R. W.

## Audere Organisationen.

### Vereinsgesetznovelle und Staatsarbeiter.

Die Novelle zum Reichsvereinsgesetz vom 4. Mai d. J. beschränkt sich, wie bekannt, auf die Deklaration, daß die Berufsvereine der Arbeitgeber und Arbeiter nicht deshalb den Bestimmungen über politische Vereine unterstellt werden sollen, weil diese Berufsvereine sozial- oder wirtschaftspolitische Fragen im Zu-

sammenhang mit Berufs- oder Standesinteressen erörtern. Die übrigen strittigen Fragen des Reichsvereinsgesetzes (Teilnahme Jugendlicher an politischen Vereinen und Versammlungen, Sprachenparagraf) sind ebenso zurückgestellt worden, wie die von den Konservativen erstrebte Verquickung mit dem Koalitionsrecht, wonach die Erörterung von Wirtschafts- und Sozialpolitik nur den Vereinen, die nach der Gewerbeordnung (§ 152) das Koalitionsrecht besitzen, zu gestatten sei. Das letztere würde besonders die Staatsarbeiterverbände schwer getroffen haben, die unter Streikverboten leiden und daher erst recht auf sozialpolitischem Wege ihre Interessen vertreten müssen. Es ist das unzweifelhafte Verdienst der Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaften, diesen Streich der Reaktionäre abgewehrt und eine loyale Einlösung der Zusage der Regierung herbeigeführt zu haben.

Zum Danke dafür müssen sich diese und ihr Vertreter, Genosse Legien, folgenden Angriff des Verbandsorgans der deutschen Eisenbahnhandwerker und Arbeiter gefallen lassen (Nr. 20 vom 13. Mai d. J.):

„Um so schärfer müssen wir Front machen dagegen, daß der Führer der freien Gewerkschaften, der Abgeordnete Legien, in einem Leitartikel im „Vorwärts“ den Standpunkt vertritt, man müsse im Interesse der Privat- arbeiter den jetzigen kleinen Fortschritt annehmen, und die Staatsarbeiter müßten sich auf spätere Jahre vertragen. Wie ein Arbeiterführer, noch dazu ein Sozialdemokrat, einen derartigen Standpunkt vertreten kann, ist uns unerfindlich. Es beweist uns das aufs neue, daß die Sozialdemokratie der Staatsarbeiterschaft nicht zu helfen vermag, weil sie von den Verhältnissen der Staatsarbeiter keine Ahnung hat. Was nützt es uns, wenn Blätter wie der „Bedruf“ und die Erfurter „Tribüne“ gerade in letzter Zeit uns Staatsarbeitern den Mund wässrig machen, wenn dann in der Praxis eine derartige Arbeit getrieben wird. Uns bekämpfen die Herren Sozialdemokraten immer damit, daß sie behaupten, wir vernachlässigten das Koalitionsrecht. Jetzt, wo es einmal gilt, dieses Grundrecht nicht mehr mit Redensarten, sondern mit der Tat zu verbessern, ist die Sozialdemokratie dagegen und findet sich dabei, wie so oft, mit den preussischen Agrariern an einem Strang. Hoffen wir, daß die bürgerlichen Mittelparteien einen anderen Standpunkt einnehmen werden.“

Der Verband deutscher Eisenbahnhandwerker und Arbeiter war derjenige Verband, von dem der preussische Minister v. Breitenbach vor kurzem im preussischen Landtage unwidersprochen feststellte, daß er das Koalitionsrecht überhaupt niemals verlangt habe, während die übrigen, ausgenommen der Transportarbeiterverband, ausdrücklich auf das Streikrecht verzichtet hätten. Danach beurteile man die Demagogie, die sich in dem vorstehenden Angriff kundgibt. Sie steht der von den Staatsarbeiterverbänden vor wenigen Wochen veranstalteten Demonstration gegen die Vereinsgeseknovelle würdig zur Seite.

## Literarisches.

### Neuere Kriegsliteratur.

#### VI. (Schluß.)

Die leidenschaftliche Anteilnahme, die der Krieg mit seinen Problemen der Fürsorge, der Wirtschaftsführung, der Erwerbsarbeit und der Friedensförderung bei den Frauen ausgelöst hat, spiegelt sich auch in der Literatur wider.

„Die Frauen und der Krieg“ von Bally Zeppler (24 S. 10 Pf. Verlag der Intern.

Corresp. A. Baumeister, Berlin-Karlshorst) hebt den tiefen Konflikt hervor, in den der Krieg die sozialdemokratischen Frauen gestürzt hat. Der Krieg ist ein Krieg des Kapitalismus, ist nicht unser Krieg, und dennoch fühlen wir uns mit der Nation verwachsen. Die Solidarität der Arbeiterinteressen hebt das nationale Bewußtsein, die Solidarität mit den übrigen Gliedern des Volkes nicht auf. Die Verfasserin rät den sozialdemokratischen Frauen dringend, sich der praktischen Mitarbeit an der Kriegsarbeit nicht zu entziehen, sich nicht auf bloße Forderungen zu beschränken, sondern die notwendigen Einrichtungen selbst schaffen zu helfen. Gerade aus dieser Mitarbeit werde die Frauenwelt die Ueberzeugung schöpfen, daß die politische Gleichberechtigung zu erkämpfen, die erste Pflicht sei, und sie werde sich ernster in die großen Menschheitsprobleme vertiefen, die der Weltkrieg der Sozialdemokratie aller Länder stellt.

„Die Arbeiterinnen und der Krieg“ von Gertrud Hanna (32 S. 10 Pf. A. Baumeister, Berlin-Karlshorst) schildert die wirtschaftliche und soziale Lage, in die der Krieg die Arbeiterinnen versetzt hat, die Arbeitslosigkeit und gedrückten Löhne, die Ausbeutung der Frauen in den Kriegsindustrien und besonders in der Heimarbeit, die schließlich nur durch militärische Zwangsmaßnahmen aufgehalten werden konnte, die Doppellast der erwerbstätigen Frau in Arbeit und Hauswirtschaft, die Regelung der Arbeitsvermittlung und Berufsberatung für Frauen und Mädchen und die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Diese Schrift ist vorzüglich zur Massenagitation unter den gewerblich tätigen Frauen und Mädchen geeignet.

„Zur Frage der Frauenerwerbsarbeit während des Krieges und nachher“ von Luise Zieg (Herausgegeben vom Sozialdemokratischen Parteivorstand, 44. S. Buchhandlung Vorwärts, Berlin) ist als 9. Heft der Sozialdemokratischen Frauenbibliothek erschienen und behandelt diese Frage nach den Erfahrungen des gegenwärtigen Krieges theoretisch und statistisch wie gewerkschaftlich, sozialpolitisch und politisch in bester Weise. Der Krieg hat die Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit der Frauen auf zahlreichen neuen Arbeitsgebieten erprobt, so daß eine schärfere Heranziehung der Garnison- und Felddienstfähigen erst möglich wurde. Um so größere Bedeutung habe die Frauenarbeit für die Volkswirtschaft, für die Bevölkerungspolitik, für die politische und soziale Gesetzgebung und für die Arbeiterklasse gewonnen. Die Verfasserin untersucht alle diese Fragen vom Standpunkt der Arbeiterin und Frau als Sozialdemokratin und tritt mit Schärfe für weitgehenden Arbeiterinnenschutz, Mutterchutz, Erweiterung der öffentlichen Erziehung der Kinder und für politische Gleichberechtigung ein.

„Krieg und Schule“ von Anna Bloss (24 S. Verlag der Intern. Corresp. A. Baumeister, Berlin-Karlshorst). Die Verfasserin gehört dem Ortschulrat zu Stuttgart seit Jahren an und tritt mit großer Sachkunde an die von ihr behandelten Fragen heran. Sie erörtert die Rückständigkeit des Volksschulwesens vor dem Kriege, das durch die Einziehung von ca. 50 000 Volksschullehrern zum Heeresdienst noch weiter erheblich gelitten hat, und fordert eine Neuregelung des ganzen Bildungswesens auf der Grundlage der Einheitschule als Unterbau mit Arbeitsunterricht und harmonischer Ausbildung des Körpers und des Geistes.

Als letztes, aber darum nicht geringstes Werk sei das Buch von Konrad Gaenisch: „Die



deutsche Sozialdemokratie in und nach dem Weltkrieg" (171 S. 2,50 Mk. Verlag von E. A. Schwetschke u. Sohn, Berlin) gewürdigt. Es ist in einem bürgerlichen Verlag erschienen, weil es dazu bestimmt war, die Gedankenwelt, die der Weltkrieg in sozialdemokratischen Kreisen ausgelöst hat, der Welt des Bürgertums näher zu bringen, und es ist auch nach dem Naturell des Verfassers eine großangelegte Bekenntnisschrift geworden. Als solche kann sie aber auch unseren Genossen vieles sagen, besonders denen, die sich gegenüber der geschichtlichen Tatsache und Größe des Weltkrieges hartnäckig in ihre auf Weltfrieden und Klassenkampf eingestellte Ideologie verschließen und nicht bloß den vaterländischen Gedanken ablehnen, sondern auch den Krieg als historisch, politisch und wirtschaftlich gestaltende Kraft, als revolutionäre Gewalt größten Stils, nicht anerkennen wollen. Aber nicht darin liegt für uns die Hauptbedeutung des Haenischschen Buches, wie der Weltkrieg auf die deutsche Sozialdemokratie eingewirkt hat, sondern darin, wie er auf das deutsche Volk und seine Politik nach dem Kriege einwirken wird. Haenisch schildert das große Erlebnis der ersten Kriegszeit, in der die deutsche Sozialdemokratie inne wurde, daß sie eins sei mit dem deutschen Volke und mit ihm diesen Krieg durchkämpfen müsse bis zum Frieden. Aber in diesem Kriege ist sich das deutsche Volk hoffentlich auch darüber klar geworden, daß mit der Zukunft der deutschen Sozialdemokratie die eigene Zukunft zusammenfällt und daß die Gestaltung der inneren und äußeren Politik in den nächsten Jahrzehnten davon beeinflusst werden wird. Die Sozialdemokratie ist frei und offen auf den Boden der gemeinsamen Landesverteidigung getreten; sie denke aber nicht daran, dem Internationalismus und dem Klassenkampfe abzuschwören. Nur die Formen des Klassenkampfes würden andere werden und das internationale Kulturziel werde sie nicht die Zwischenglieder auf diesen weiten und beschwerlichen Wege übersehen lassen. Auch ihrem Abscheu vor dem Kriege werde die Sozialdemokratie nicht abschwören; sie haben aber gelernt, den Krieg auch als ungeheuren Hebel des historischen Fortschritts einzuschätzen. Das alles habe mit der praktischen Politik des nächsten Jahrzehnts wenig zu tun. Die Sozialdemokratie werde in höherem Maße als bisher zu einer großen deutschen Kulturpartei werden, die aus dem Turm der geistigen und politischen Isolierung heraustritt und die letzten Ueberbleibsel ihres alten Sektenscharakters abgelegt hat. Millionen von Männern und Frauen aus allen Schichten werden ihr zufließen, die bisher das Odium der Vaterlandslosigkeit der Sozialdemokratie von dieser fernhielt und sie wird im politischen Leben des neuen Deutschland eine ganz andere Rolle spielen, als es ihr im alten Deutschland beschieden war. Aber sie werde darum nicht aufhören, eine sozialdemokratische Partei zu sein und für die sozialistische Neugestaltung des gesamten Gesellschaftslebens als Endziel zu wirken. Sie werde auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens praktisch mitarbeiten, nach dem Kriege in noch weit größerem Umfange als während des Krieges. Möge man sich aber auch in allen politischen Lagern bewußt sein, daß eine Eingliederung der deutschen Arbeiterschaft in das Staatsganze erfolgen muß und die noch einmal ausgestreckte Hand der deutschen Arbeiter nicht zurückweisen! Dann würde aus dieser offenen Hand von neuem die geballte Faust werden — und zwar von Rechts wegen! Schon jetzt seien die Schwankungen in der Partei meist auf das Versagen der Regierung in so vielen Fragen der Lebensmittelpolitik, auf

das Ausbleiben ernsthafter demokratischer Reformen und den schwindenden Glauben an die feierlich verheißene innere Neuorientierung zurückzuführen. Das mögen sich die sehr ernst zu Herzen nehmen, die die Verantwortung zu tragen haben.

Haenischs Buch ist von großem politischen Flug getragen und mit der Sprache des Herzens geschrieben. Es verdient von jedem Arbeiter gelesen zu werden.

### „Sozialdemokratische Feldpost.“

Unter diesem Titel gibt der rührige Verlag der „Internationalen Korrespondenz“ (Abb. Baumeister, Berlin SW. 68, Lindenstr. 2, ein neues Blatt heraus, das vierzehntägig erscheinen wird und für die gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiter an der Front bestimmt ist. Das Blatt wird unentgeltlich an alle dem Verlag aufgegebenen Feldpostadressen versandt. Der Zweck des neuen Blattes ist die Information der im Felde stehenden Genossen über die Vorgänge in der in- und ausländischen Arbeiterbewegung, um der Zerspaltung der Arbeit der Parteiminderheit entgegenzuwirken. Die „Feldpost“ soll eine sachliche Informationsquelle über die Vorgänge in der Heimat werden, die uns sehr notwendig erscheint gegenüber der mit geradezu schmutzigen Mitteln betriebenen Werbearbeit der Parteizerstörer. In ihrem Geleitwort sagt die „Feldpost“ ganz richtig:

„Die Kritik hat aber auch Formen angenommen, die unserer Sache zur Schande gereichen. In Bild und Wort, offen und anonym, werden die Andersdenkenden verspottet, beschimpft, werden die niedrigsten Instinkte gegen sie wachgerufen. Auf demselben Wege will man die Frauen in der Heimat, die Soldaten im Felde zu unüberlegten Handlungen hinreißen, die zwar manche Familie in noch größerem namenloses Unglück stürzen, an dem heutigen Zustande aber nichts ändern können. Besonders wenn man nicht beabsichtigt, damit die Pläne der heutigen Feinde unseres Volkes fördern zu wollen. Deren einzige Hoffnung beruht nur noch auf dem Glauben, daß in Deutschland innere Wirren ausbrechen und dadurch der Sieg des Vierverbandes möglich werde.“

Wir halten es demgegenüber für sehr wesentlich, daß unsere Genossen im Felde über die Arbeit ihrer Vertreter in der Heimat unterrichtet werden. Der Inhalt der ersten Nummer beweist, daß die Redaktion mit größtem Ernst an ihre Aufgabe herangeht. Wir heben daraus hervor:

An unsere Genossen im Felde (Leitartikel). — Sozialdemokratie und nationale Verteidigung. — Aus der Heimat. — Die Gefahr feindlicher Invasion. — Ratschläge und Winke (Rechtskalender). — Die Aussichten der Gewerkschaften nach dem Kriege. Von August Brey. — Die neue Aera. Von Wilhelm Bloss. — Von Bernstein bis Liebknecht. Von Eduard David. — Erklärung Vanderveldes. — Macdonald und die Internationale. — Die Auslandspresse über die Fraktionspaltung. — Genosse Kählerobitsch über die serbische Lage. — Feuilleton: Aus „Landwehrmann Krille“, von Franz Ziegler. — In der Fliegerschule von Richard Wolbt. — Revolutionäre Kriegswissenschaft. Von Ernst Drahn. — Auf- und Abstieg im Heertwesen. Von Friedrich Engels.

Die erste Nummer ist in 20 000 Exemplaren erschienen. Die Gewerkschaften und sonstige Arbeiterorganisationen sollten sich die Verbreitung des neuen Blattes angelegen sein lassen. Ueber die Bedingungen des Verbands ist das Nähere beim Verlag zu erfahren.